

Telegraphische Depeschen.

* Wien, 14. Nov. Zu Ehren der hier anwesenden hohen Gäste hat gestern bei den Majestäten ein Diner stattgefunden, zu welchem auch der Herzog von Cumberland, die Mitglieder der russischen Botschaft und der dänische Gesandte Einladungen erhalten hatten. Am Abend wohnten der Kaiser, die dänischen Majestäten und der Großfürst-Thronfolger mit Gemahlin der Vorstellung im Hofburgtheater bei. — Die feierliche Renunciation der Erzherzogin Christine, künftigen Gemahlin des Königs von Spanien, wird hier selbst morgen Vormittag stattfinden.

* Wien, 14. Nov. nachmittags. Der Kaiser empfing heute Vormittag den Herzog von Cumberland in Audienz. Dem König und der Königin von Dänemark sowie dem Großfürst-Thronfolger und dessen Gemahlin wurden im Laufe des Vormittags vom Erzherzog Wilhelm, vom Prinzen Wilhelm von Hessen, vom Fürsten Riesky und vom Reichskriegsminister Grafen Böllstädt-Rheydt Besuch abgestattet. Mittags machten der Großfürst-Thronfolger und seine Gemahlin der Erzherzogin Christine einen Besuch. Zu Ehren der hohen Gäste findet heute ein Familiendiner und Marschallstafel statt.

* Wien, 14. Nov. Die Obmänner der fünf Unterhausbüros sind heute Abend bei dem Ministerpräsidenten, Grafen Taaffe, zu einer Konferenz eingeladen, in welcher Besprechungen über die Behandlung parlementarischer Vorlagen stattfinden sollen.

* Budapest, 14. Nov. Unterhaus: Der Finanzminister Száray erklärte in Beantwortung der an ihn wegen Herausforderung des Abg. Pazmandy zum Duell gerichteten Interpellation, die Interpellation betreffe eine rein private Angelegenheit und er habe dem Interpellanten bereits privatim Aufklärungen gegeben. Nachdem diese Privatangelegenheit in normaler Weise geordnet worden sei, dürfe nicht darauf zurückgekommen werden. Ministerpräsident Tisza folgte hingu, daß Unterhaus keine Befreiung die auf die Interpellation bezügliche Erklärung der Regierung zur Kenntnis genommen, eine weitere Antwort halte die Regierung nicht mehr am Platze. Beide Antworten wurden von der Majorität zur Kenntnis genommen.

* Bern, 14. Nov. Der Bundesrat hat beschlossen, der Bundesversammlung die Aufnahme einer 4proc. Anleihe im Betrage von höchstens 35 Mill. Frs., welche vom Jahre 1881 ab binnen längstens 35 Jahren rückzahlbar ist, vorzuschlagen. Die Festsetzung des Emissionskurzes bleibt dem Bundesrat vorbehalten.

* London, 14. Nov. Aus Simla von heute wird gemeldet: „General Roberts erlich eine Proclamation, in welcher er allen denjenigen, welche dem Vormarsch der englischen Truppen auf Kabul Widerstand leisteten, Amnestie zusagt unter der Bedingung, daß sie ihre Waffen abliefern. Dagegen wird keine Amnestie zugestanden den Theilnehmern an dem An-

griff auf das englische Gesandtschaftsgebäude in Kabul, es sollen dieselben vielmehr als Rebellen behandelt werden.“

* Kopenhagen, 14. Nov. Zu Ehren des heutigen hundertjährigen Geburtstages des Dichters Oehlenschläger ist die Stadt festlich mit Flaggen geschmückt, die Geschäfte sind geschlossen. Um 12 Uhr fand im königlichen Theater eine Gedächtnissfeier statt, welcher der Kronprinz, die Minister, die Vertreter der Universität, die Spiken der Schörden und ein zahlreiches Publikum bewohnten. Die Festrede hielt Professor Rasmus Nielsen. Heute Abend findet ein Fackelzug statt, auch sind in sämtlichen Theatern Festvorstellungen veranstaltet.

* Belgrad, 14. Nov. In der heutigen Sitzung der Skupstschina erklärte der Ministerpräsident Ristic die Nachricht von einem angeblichen Schutz- und Trubündnis zwischen Serbien, Bulgarien und Montenegro für gänzlich erfunden, es hätten weder Verhandlungen noch Vereinbarungen dieser Art stattgefunden.

* Wien, 14. Nov. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Der englische Botschafter Layard hatte gestern eine Audienz beim Sultan, in welcher die Reformfrage besprochen wurde. Wie verlautet, hätte der Sultan auf die Nothwendigkeit hingewiesen, für die Einführung der Reformen, wozu er und die Regierung entschlossen sei, eine längere Frist eintreten zu lassen. Die nächste Konferenz in der griechischen Frage ist zur Prüfung der verschiedenen in Betracht kommenden Grenzlinien bestimmt und soll am 17. Nov. stattfinden. Dem Unternehmen nach werden seitens der Pforte Anstrengungen gemacht, ein Ausehne-Borschusgeschäft von 300000 Pfd. St. zu contrahieren.“

* London, 14. Nov. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Konstantinopel von gestern gemeldet, die Pforte habe wegen der englischen Flotte neuerdings zugegangenen Abschottordnung um Aufklärung gebeten. Bei einer jüngst zwischen dem Sultan und dem Botschafter Layard stattgehabten Besprechung habe der Sultan erklärt, das Cabinet hätte ihm die sofortige Einführung von Reformen vorgeschlagen, sein Ansehen würde jedoch schwer erschüttert werden, wenn es den Anschein gewinne, als wenn er unter dem Druck Englands handele.

Der Besuch des russischen Thronfolgers in Wien und Berlin.

= Leipzig, 15. Nov. Über den Besuch des Großfürsten Thronfolgers von Russland zunächst am wiener, sodann am berliner Hof äußert sich die wiener Presse in einem Leitartikel folgendermaßen:

In diesem Augenblide, unter den gegebenen Verhältnissen und Prämissen den Besuch des Großfürsten-Thronfolgers als eine „conventionelle Prinzipiensuite“ bezeichnen zu wollen, wie dies geschehen ist, heißt die Persönlichkeit

des erlauchten Gastes und die ganze politische Lage verleummen. Der Großfürst-Thronfolger ist bekannt als ein rücksichtslos offener und entschiedener Charakter, dessen ganzem Naturell jene diplomatische Kunst, sich anders zu geben als man empfindet, und Sympathien zur Schau zu tragen, die nur Maske sind, durchaus fremd ist. Dass er der freundschaftlichen Einladung nach Wien und Berlin folge geleistet, darf als Beleg gelten, dass auch für ihn die Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Kaiserhöfen eine Herzenssache ist, und dass jene panislamischen Apothek, welche in der Person des Thronerben eine Bürgschaft für die einzige Verwirklichung ihrer weitaufragenden Projekte zu erkennen wünschten und gerade in letzter Zeit wieder die maßgebenden Kreise Petersburgs vorwärts und in eine systematische Feindschaft wider Deutschland und Österreich zu drängen suchten, sich in mehr als einer Richtung arg verrechnet haben. Hierin ist die politische Bedeutung des großfürstlichen Besuches zu erblicken, und was auch nur hierin allein. Dass sich der russische Thronerbe zum Träger irgend einer besondern diplomatischen Mission gemacht, dass er nach Wien gekommen sei und nach Berlin gehen werde, um besondere Vereinbarungen irgendwelcher Art einzuleiten und zum Abschluss zu bringen, darf sicherlich nicht vorausgesetzt werden.

In dieser Auffassung der Presse (mit der übrigens auch die Berliner Kreuzzeitung, bekanntlich stets eine warme Vertreterin Russlands, im wesentlichen übereinstimmt) scheint uns jenes wichtige Ereignis — denn ein solches ist und bleibt auf alle Fälle der Besuch des russischen Thronfolgers in Wien und Berlin in diesem Augenblide — ganz richtig bezeichnet und seiner Bedeutung nach weder über- noch unterschätzt. Was von einem besondern Zwecke des großfürstlichen Besuchs geschrieben wird, nämlich dem, Österreich und Deutschland womöglich zu trennen, das halten wir für müßiges Gerede. Man wird in Petersburg sehr wohl wissen, dass dieser Versuch ein vergeblicher wäre und das Verhältnis Russlands zu seinen Nachbarn nur mehr trüb könnte. Ebenso wenig aber dinkt es uns wahrscheinlich, dass der Großfürst dazu aussersehen sei, eine Annäherung Österreichs und Deutschlands an England in der asiatischen Frage zu hintertrieben, denn eine solche ist schwerlich in Absicht: Österreich und Deutschland haben und vertreten gemeinsam ganz bestimmte Interessen auf der Balkanhalbinsel — für blos englische Interessen, wo immer solche in Frage kommen, werden sie sich nicht echaufstellen, mindestens nicht ohne ganz bestimmte greifbare Gegengarantien Englands nach anderer Seite hin.

Das Ergebnis der Eisenbahndebatte im preußischen Abgeordnetenhaus.

N.L.C. Berlin, 14. Nov. Die große Eisenbahndebatte liegt hinter uns. Sie hat durchgehends einen dem Ernst und der Bedeutung des Gegenstandes entsprechenden sachlichen und ruhigen Charakter bewahrt, und es ist in derselben wol kein Gesichtspunkt unerörtert geblieben, der in dieser überaus wichtigen wirtschaftlichen Frage maßgebend sein kann. Die Gründe,

in dem vorher Theile des Berichts richtete inzwischen die andere junge Frau ein Abendessen aus gekochtem Seehundsfleisch an. Sie luden uns ein, an ihrer Mahlzeit teilzunehmen; da wir jedoch kein Verlangen nach Seehundsfleisch trugen, so schlugen wir die Einladung mit der Bemerkung aus, erst vor kurzem zu Mittag gespeist zu haben. Die Tschultschens verzehrten ihr Mahl in der Weise, daß sie sich auf die Rennthierselle am Boden legten, die die Seitenwände des Schlafraumes bildenden Selle etwas hoch hoben und, den Kopf hindurchstreckend, die im Borderraum niedergesetzten Speisen zu sich nahmen. Nach eingenummenem Mahle wurden die Wände heruntergelassen und die Männer entkleideten sich bis auf die üblichen kurzen Hosen; die Frauen legten jedoch bloß die Jacken ab, deigten uns also nur den nackten Oberkörper. Ihre Rennthiersellsfleisch hatten jedoch auch sie ausgezogen und zum Trocknen über die Thranlampe gehängt. Wir boten den Frauen etwas Zucker an, den sie, da sie noch niemals Zucker gesehen, mit einer gewissen Langsamkeit kosteten. Er schmeckte ihnen jedoch vorzüglich. Als unsere Wirthen anfingen, schlaftrig zu werden, begaben wir uns in unser eigenes Bett, wo es alles andere eher als warm war. Wir hatten 11 Grad Kälte. Nach einer zum größten Theile schlaflos verbrachten Nacht standen wir um 6½ Uhr morgens auf. Als wir vor das Bett traten, war die gestern gesehene Rennthierherde in geschlossenem Trupp im Anmarsch. An der Spitze marschierte ein altes Thier mit mächtigem Geweih, welches auf unsern Wirth zuschritt (derselbe war inzwischen herausgetreten und der Heerde entgegengangen) und ihm dadurch einen

Guten Morgen wünschte, daß es seine Nase gegen dessen Hände rieb. Die übrigen Rennthiere stellten sich unterdessen in fast militärischer Weise in Reih und Glied auf. Der Eigenthümer ging hierauf von einem Thiere zum andern und bei jedem wiederholte sich der Gruss des Nasenreibens. Gleichzeitig untersuchte aber der Mann jedes einzelne Thier auf das genaueste. Nachdem dies geschehen, gab er ein Zeichen, die ganze Heerde machte lehr, und den Alten an der Spitze, marschierte sie in gedrängter Ordnung wieder zurück zu ihrem Weideplatte. Das Ganze machte einen eigenen Eindruck. Das war nicht das Bild eines Wilden, der nur durch rohe Gewalt das Thier beherrscht, sondern vielmehr das Bild eines sorgfamen Hausvaters, der durch Liebe sein Haushwesen regiert und ein freundliches Wort für jeden seiner Angehörigen hat. Nachdem wir auf unsern erneuten Vorschlag des Anlaufs von Rennthierfleisch wieder eine abschlägige Antwort empfangen, verließen wir das Lager und gelangten nach fünfstündiger Fahrt beim Schiffe an.

Mit Ausnahme kleiner Ausflüge dieser Art und den Abwechslungen, welche der Verkehr mit den Einwohnern brachte, verstrich die Zeit in ziemlich einförmiger Weise. Denn selbst die Jagd bot wenig Reiz, da wir Bären nicht zu Gesicht bekamen und wir durch Seehundsjagden nicht die Eingeborenen schädigen wollten.

Ich will nun mit kurzen Worten auf unsere Winterausrüstung zurückkommen und eine Übersicht über die wissenschaftlichen Arbeiten während des Winters geben. Nach den angestellten Beobachtungen war der Winter lange nicht so kalt als in andern Städten

Der neueste Bericht des Professors Nordenstjöld.

(Fortsetzung aus Nr. 266.)

Auch seitens anderer Mitglieder der Expedition wurden Fahrten in das Innere des Landes unternommen, und es ist der Ausfahrt zu gedenken, welche Lieutenant Palander, Befehlshaber der Vega, am 17. März 1879 unternahm. Die Reisegesellschaft bestand aus sieben Personen und war mit einem Bett und Proviant für zwei Tage versehen. Etwa 11 englische Meilen vom Schiffe stieß man auf ein Tschultschens, welches von einem jungen Ehepaar bewohnt wurde, bei dem sich zufällig ein anderes junges Paar zum Besuch aufhielt. „Wir versuchten“, schreibt Lieutenant Palander, „etwas Rennthiersfleisch einzutauschen und boten dafür Rum, Tabak, Brot und sogar ein Gewehr; aber die Tschultschens wollten davon nichts wissen. Die Rennthiere seien in dieser Jahreszeit zu mager zum Schlachten, meinte der Eigenthümer des Bettels, und dabei blieb es. Etwa tausend Schritt entfernt sahen wir eine Rennthierherde von ungefähr 50 Stück unterm Schnee ihr langes Futter suchen. Das mitgebrachte Bett wurde aufgeschlagen und die Gesellschaft verblieb an dieser Stelle über Nacht. Dr. Kjellman und ich wurden von den Tschultschens eingeladen, ein Stindchen in deren Schlafzimmer zu verweilen, was auch geschah. Bei unserem Eintritt wurde eine mit Seehundsfell gefüllte Lampe angezündet. Unsere Wirthin suchte uns den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen; sie rollte mehrere Rennthierselle zu Kopfkissen zusammen und machte uns Platz, sodass wir voll ausgestreckt liegen konnten.

die von beiden Seiten vorgebracht wurden, sind außerordentlich schwerwiegend und die Anhänger des Staatsbahnsystems haben ebenso bereitwillig eine große Reihe von Bedenken der Kämpfer für das Privatbahnberechtigt das gemischte System als gerechtfertigt anerkannt wie umgekehrt. Man wird aus den Erörterungen der Redner der verschiedensten Parteien allgemein den Eindruck gewonnen haben, daß leichten Herzens und mit froher Zuversicht nur wenige Mitglieder der Volksvertretung ihr schlesisches Votum abgeben; auch diejenigen, die prinzipiell auf dem Standpunkt der Vorlage stehen, verhehlen sich nicht die großen Gefahren, die eine wirtschaftliche Operation von diesem unermesslichen Umfang und diesen schwer übersehbaren möglichen Folgen in sich trägt.

Dass wir vor einem Experiment stehen, dessen Wirkungen und Consequenzen in vieler Hinsicht noch dunkel sind, verkennt niemand, und die Größe der Verantwortung für den zu treffenden Entschluss wird dadurch erhöht, dass wir einen Schritt thun, den zurückzuthun nicht mehr möglich ist. Man kann wol einen verfehlten Zolltarif wieder aufheben, und der Schaden, den er gebracht, wird wenigstens nur beschränkte Zeit nachwirken; die Verstaatlichung der Eisenbahnen aber wird eine Thatsache sein, an deren guten und bösen Folgen der preussische Staat seit seines Lebens zu tragen haben wird. Wenn die Mehrheit des Abgeordnetenhauses principiell der Vorlage zustimmt, so geschieht es in der Erkenntniß, dass, wie der Abg. Miquel sagte, der Grundzug des Projects einer historisch-wirtschaftlichen Nothwendigkeit entspricht, dass der Entwicklungsgang zum Staatsbahnsystem in einem unaufhaltbaren Zuge begriffen ist, und dass nach gewissenhafter Abwägung der für und wider sprechenden Argumente die erstern schwerer in die Wagschale fallen.

Es ist aber nicht nur von national-liberaler, sondern auch von conservativer Seite anerkannt worden, wir müßten gegen die nicht zu leugnende Möglichkeit, daß die von den Gegnern vorausgesagten schädlichen Folgen in der That eintreten, Vorschriften und Vorsichtsmaßregeln treffen, so wirksam wie dies eben thunlich ist. Die beanspruchten Garantien gegen Missbräuche der Verwaltung, gegen übermächtigen Bureaucratismus und Centralismus, gegen die Verletzung der wirthschaftlichen Interessen durch eine verkehrte Tarifpolitik, gegen die Verwirrung des Staatshaushalts durch das Schwanken der Eisenbahneinnahmen &c. sind in der Debatte wenigstens in ihren Grundzügen scharf genug hervorgetreten und haben eigentlich nirgends Widerspruch gefunden. Es wird Sache der Commissionsberathung und näherer Verständigung mit der Regierung sein, diese Vorsichtsmaßregeln im einzelnen festzustellen. Niemand wird behaupten, daß die in Rede stehenden Cautelen und Garantien eine absolute Sicherheit gegen die Gefahren bieten, denen sie vorbeugen wollen. Viel Vertrauen in die Leitung unserer Eisenbahnangelegenheiten wird daneben immer noch nöthig sein.

Die Regierung hat sich an dieser Debatte gegenüber den wichtigsten Fragen sehr zurückhaltend benommen und ihre Erklärungen für eine spätere Zeit aufgespart. Es konnte daher nicht fehlen, daß die Freunde der Vorlage ihre Zustimmung auch keineswegs bedingungslos versprachen, sondern sich völlig freie Hand ließen je nach dem weiteren Gange der Verhandlungen. Insbesondere gilt dies von der national-

des Polarmeeres oder des sibirischen Festlandes. Da-
gegen war es am Ueberwinterungsort der Vega un-
gemein stürmisch. Tag auf Tag und Nacht auf Nacht
sind wir zu der $\frac{1}{2}$ Kilometer vom Schiff errichteten
Beobachtungsstelle gegangen in Sturm und Kälte von
30—46 Grad C. Bei stillem Wetter sind 40—50 Grad
Kälte nicht so sehr beschwerlich, aber beim geringsten
Luftzuge sind z. B. 35 Grad schon verderblich für den,
der ohne die nöthigen Vorsichtsmahregeln etwa gar
mit entblößtem Gesicht oder unbedeckten Händen dem
Winde entgegen geht. Die meisten unserer Leute,
welche noch keine Ueberwinterung im hohen Norden
durchgemacht hatten, wurden beim Eintritt der ersten
Kälte vom Frost angegriffen und litten stellenweise an
zollgroßen Frostbeulen. Sie wurden jedoch wieder ge-
heilt, und da bald alle durch Erfahrung klug wurden,
so erlitt niemand wirklichen Schaden. Wesentlich trug
hierzu auch der Umstand bei, daß wir ausgezeichnetes
Schuhwerk aus Segelleinen mit Ledersohlen besaßen,
in welchem zwei paar Strümpfe und eine Umhüllung
aus Filz getragen wurde. Zum Schutz der Hände
dienten Handschuhe aus Seehundsfell, im Innern mit
Schafspelz gefüttert und am offenen Ende mit anderm
langhaarigen Pelzwerk versehen. Dieselben waren
nach Kinderart an ein um den Hals geschlungenes
Band befestigt. Die übrige Kleidung war die ge-
wöhnliche europäische. Seehundsfellkleider waren wäh-
rend der größten Kälte sehr nützlich. Den Kopf
schützten Baschiks.

Der Gesundheitszustand der gesammten Schiffs-
gesellschaft war während der Ueberwinterung der Bega
in recht erfreulicher, der sonst so gefürchtete Skorbut

liberalen Partei. Die Haltung des Centrums ist bekanntlich durchaus zweifelhaft, und die gesicherte Majorität für Verstaatlichung ist sonach doch noch sehr abhängig von gewissen Bedingungen und Voraussetzungen. Wohl überwiegen die Freunde, aber es herrschen unter ihnen noch ernste Bedenken, deren Beseitigung die Regierung sich angelegen sein lassen muß.

Bom preußischen Landtage.

* Berlin, 14. Nov. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses werden der Gesetzentwurf betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für 1879/80 (Mehrbetrag des Matricularbeitrags 2,147144 M.) sowie der Entwurf betreffend die Deckung der Ausgaben des Jahres 1878/79 (Aufbringung des Deficits von 8,744514 M. durch eine Anleihe) auf Antrag des Abg. Stengel der Budgetcommission überwiesen; die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1878/79 geht auf den Vorschlag des selben Abgeordneten an die Rechnungskommission.

Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des
revidirten Statuts der Allensteiner Kreiscorporation
für Meliorationsanlagen vom 30. Mai 1853 wird
ohne Debatte in erster und zweiter Berathung unver-
ändert genehmigt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhebung der Gemeindeabgaben.

Abg. Gajewski (Centrum):

Es kommt mehr darauf an, eine wirklich gleichmäßige Vertheilung der Communalabgaben zu erzielen, als Normen zu geben, durch welche dieses Ziel doch niemals erreicht wird. Für die Verhältnisse mancher Gemeinden dürften die Normen der Vorlage passen, aber für sehr viele wiederum nicht; ich nenne nur die Stadt Bromberg. Die Gemeinden wissen selbst am besten, wie sie die aufzubringenden Lasten auf die Einzelnen zu vertheilen haben, ohne sie zu schädigen. Bedenfalls bitte ich die Vorlage einer Commission, und zwar einer solchen von 21 Mitgliedern, zu überweisen.

Abg. Schmidt-Sagan:

Die Behauptung des Herrn Vorredners, daß die sämtlichen Communalsteuern auf die Einkommensteuer eingeschränkt werden müßten, werde ich später bekämpfen. Ich bin, nachdem die Staatsregierung bei weitem die meisten Abänderungen, welche die vorjährige Commission an denselben Entwurfe vorgenommen, acceptirt hat, in der Lage, mich bis auf wenige Differenzenpunkte zustimmend äußern zu können. Ich kann, um diese Differenzenpunkte zu specialisiren, erstens die im §. 7 beabsichtigte Wiedereinführung der Mahl- und Schlachsteuer nicht billigen, weil diese wesentlich die ärmeren Volksklassen benachtheiligt und außerdem um sehr großen Theile vom Lande getragen wird; die Aufzehrung hat zweifellos den Ärmern den Genuss der billigeren Fleischsorten und den Landwirthen den Verkauf des magern Vieches bedeutend erleichtert. Verschiebene Städte möchten

vol geneigt sein, ihre erschöpften Gedanken auf Kosten des Landes wieder zu füllen; dazu kann ich aber die Hand nicht legen, nachdem von 76 Städten 70 die Schlachtwsteuer aufgegeben haben. Ich würde wünschen, bei §. 7 den vorläufigen Commissionsbeschluß wiederherzustellen, welcher die Neuinführung der Schlacht- und Wahlsteuer, der Steuer auf Brennmaterialien und ähnlicher Octrois für ungültig erklärt. Ich hebe hervor, daß die Commission nur die Neuinführung vermieden wissen wollte, einerseits um in bestehende Verhältnisse nicht allzu schroff einzugreifen, obwohl in manchen Landesteilen in dieser Beziehung geradezu aarsträubende Zustände herrschen, andererseits in der Hoffnung, daß die Gemeinden selbst diese fehlerhaften Steuern aufgerade beseitigen würden.

Die Staatsregierung erkennt in den Motiven sehr offen, daß diese Steuer den Verkehr in höchst lästiger Weise beschränkt, daß sie eine Prägravation der niedern Volksassen in sich schließt, und daß sie moralisch schädlich wirkt.

durch die Kureitung zur Desfraude. Die indirekten Steuern eignen sich ja überhaupt nur für größere Verbände; je kleiner die Gemeinde ist, desto härter drücken sie auf den Einzelnen. Da nun das Reich die indirekte Besteuerung für sich genommen hat, wollen wir doch die Gemeinden nicht zu kleinen Raubstaaten machen und uns durch das abschreckende Beispiel Belgien warnen lassen. Der zweite Differenzpunkt ist die im §. 4 bloß facultativ statuirte Mitberanzierung der Gewerbesteuer. Durch diese Bestimmung wird das richtige System des Gesetzes unterbrochen. Mit vollem Rechte stellt der Entwurf die Personalsteuern absolut voran; daß die Realsteuern allein ein zu schwaches Fundament abgeben würden, hat Geheimrat Hertzfurth in seinen Beiträgen zur Statistik der Communalabgaben zahlreich nachgewiesen. Die Personalsteuer ist sowol die nächstliegende als auch ausbehnungsfähigste Steuer. Nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit ist sie das Resultat der persönlichen Gemeindeangehörigkeit und der dem Einzelnen in Staat und Gemeinde gewährten Entwicklungsfreiheit. Namentlich in Preußen ist es stets ein Fundamentalprincip gewesen, auf allen Gebieten die möglichste Entwicklung der individuellen Freiheit zu erstreben, darauf beruht unsere ganze Stärke, und es wäre ein großer praktischer Fehler, diesen Grundsatz die Gemeinden nicht anwenden zu wollen.

Die Personalsteuer findet ihren nahezu abgängigen Ausdruck in der Einkommensteuer, die naturgemäß aus Zuschlägen auf die Staatssteuern besteht, sie liegt uns demnach am nächsten. Aber sie ist auch die ausdehnungsfähigste, weil alle Ertragserhöhungen zunächst in dem Einkommen des Steuerzahlers zum Ausdruck kommen und in der Einkommensteuer besteuert werden. Zu dieser Personalsteuer soll nun auf Grund der realen Gemeindeangehörigkeit die Kommunalsteuer ergänzend hinzutreten als Immobiliensteuer, als Gewerbesteuer und, wenn möglich, auch als Besteuerung einfacher Kapitalien. Diese können nur mittlere Ertragsteuern sein, weil eine Doppelbesteuerung vermieden werden muss und weil sie bei einer stärkeren Expansion sowohl an der durchschnittlichen Verschuldung des Grundbesitzes wie an ihren eigenen Mängeln und Hächten scheitern würden. In der angemessenen Verbindung der Real- und Personalsteuer liegt das Problem einer verständigen Aufbringung der Communalsteuern, und wenn demnach die Gewerbesteuer nur facultativ herangezogen werden soll, so kann sich das er Grundbesitz nicht gefallen lassen. Er wird bis zum kleinsten Ackerbürger vollständig herangezogen, während vielleicht die größten Industriellen frei ausgehen. Solche Unrechtmäßigkeiten dürfen wir in diesem Gesetze nicht sanctifizieren, wenigstens müssen die leistungsfähigsten Klassen des Gewerbes obligatorisch beteiligt werden. Die Überweitung der Grund- und Gebäudesteuer, die ich übrigens auf höhere Communalverbände nicht ausgedehnt zu sehen wünsche, würde besser vor der Emanation dieses Gesetzes geordnet. Alle diejenigen, welche statt dieses Gesetzes eine vollständige Autonomie der Gemeinden etablieren wollen, füge ich noch hinzu, daß letztere ein Besteuerungsrecht gar nicht haben, sowie daß den Forderungen der Hannoveraner auf Schonung ihrer Eigentümlichkeiten die Schmerzensschreie aus vielen andern Theilen des Landes, die Rufe nach festen Grundraten gegenüberstehen, denen auch der westfälische Städtetag entschieden angeschlossen hat. Ich schließe mich, was die geschäftliche Behandlung angeht, dem Antrage auf Einigung einer Commission von 21 Mitgliedern an.

Abg. Warburg wendet sich gegen den § 6, wonach die in Altona bestehende Land-Gebäudesteuer nach dem Regulativ vom 1. 872 bis zu einer anderweitigen Vertheilung der Eindeabgaben in ihrer bisherigen Höhe beibehalten werden soll.

Abg. v. Liebermann:
Er erkenne an, daß alles, was in den früheren Commissionsberathungen über diese Materie als wünschenswerth gezeichnet wurde, in der Vorlage berücksichtigt worden ist. Der Entwurf sei indessen doch noch in mancher Beziehung nendirungsbeflirtig, darum möchte wiederum eine Vereisung an eine besondere Commission angezeigt sein. Dass möglich sein wird, ein Gesetz zu schaffen, durch welches

Zweimal hatten wir ungewöhnlich hohen Barometerstand, nämlich am 22. Dec. 782,0 Millimeter und am 17. Febr. 788,1 Millimeter. Der niedrigste Luftdruck wurde am 31. Dec. mit 728,8 Millimeter gemessen.

Aus Gera wird dem Zwickerer Wochenblatt berichtet: In einer Zeit mache ich Ihnen Mittheilung von einem Sparsenbuchdiebstahl. Als Diebin war von dem Gericht eine Frau verurtheilt worden, die in demselben Hause lebte wie der Eigenthiemer des Buches. Alle Verdachtheit sprachen dafür, daß die Frau die Diebin sei. In ihrem Osen waren Ueberreste des gestohlenen Sparassenbuches gefunden worden ic. Bei ihrer Verurtheilung zu längerer Freiheitsstrafe hatte sie darum geheißen, dieselbe erst von einem bestimmten Zeitpunkte an treten zu dürfen, da sie bis dahin ihre häuslichen Verhältnisse ordnen wolle. Es wurde ihr dies gewährt. An dem der jetzt vergangenen Tage nun war sie im Begriff, zum Antritt der Strafe nach dem Gericht zu begeben. Sie Abschied nahm von ihrer Familie, that sie dies mit Versicherung, daß sie unschuldig seiden müsse. Da erzte plötzlich ihre sechzehnjährige Tochter auf sie zu, umarmte sie und gestand schluchzend, daß sie im Verein mit dem im Hause einlogierten Maurergesellen die That begangen habe. Sie selbst habe, nachdem der Geselle das entwendet hatte, den auf dasselbe lautenden Betrag oben und der Geselle habe das Buch dann verbrannt. Staunen war natürlich groß. Der Geselle wurde nach

Bon der sehr schähenwerthen Monographie: „Lord Byron. Ein Lebensbild von Dr. Felix Eberty, Professor in Breslau“ (Leipzig, S. Hirzel), ist eine zweite Auflage erschienen. Die Schrift zeichnet sich ebenso durch gründliche Behandlung ihres Stoffes wie durch angenehme Darlung aus.

October	24.	mit 20,8	Grad unter Null
November	30.	27,9	" " "
December	23.	37,1	" " "
Januar	25.	45,7	" " "
Februar	2.	43,8	" " "
März	29.	39,8	" " "

rechten Steuern
Verbinden; je
en sie auf den
e Besteuerung
ie Gemeinden
ns durch das
Der zweite
flatierte Mit-
Bestimmung
brochen. Mit
steuern absolut
nachste Steuern
arbit in seinen
zahlenmäßig
nächstlig über
Maßgabe der
öhnlichen Ge-
n Staat und
kamentlich in
gewesen, auf
individuellen
ganze Stärke,
sen Grundsah
iquaten Aus-
säss aus Zu-
geht uns dem-
nungsfähige,
Einkommen
in der Ein-
Personalsteuer
ehörigkeiten die
obiliarsteuer,
Besteuerung
fere Ertrag-
nieden werden
on sowol an
ebenheiten wie
erden würden.
ub Personal-
Aufbringung
bewerbssteuer
kann sich das
durch bis zu
vöhrigend viel-
Sollte Un-
icht sanctie-
Klassen des
Uebertreibens auf
hen wünsche-
ges geordnet.
e vollständige
lange ich noch
icht haben,
uf Schonung
e aus vielen
stem Grund-
he Städteleg
mich, was
e auf Ein-
an.

Schlussag
de Grund-
n 11. Dec.
g der Ge-
beibehalten

ihren Com-
nischenwerth
worden ist.
er Beziehung
i eine Ver-
t sein. Das
urch welches
im kleinsten
im kleinster
, hält ich

chen Vor-
Millimeter
e niedrigste
Millimeter

it berichtet:
em Spar-
dem Ge-
elben Hawe
Verdachts-
Diebin sein
gestohlene
ter Berur-
darum ge-
tipunkte an
lichen Ver-
währt. An
im Begriff
zu begeben-
te dies mit
nisse. Da
sie zu, um
Berein mit
e That be-
felle das
den Betrag
verbrannt.
wurde nach
“Lord
e: „Lord
zweite Au-
zehn gründ-
ehme Dat“

für unmöglich, hoffe aber doch, daß aus den Berathungen ein allseitig befriedigendes Resultat hervorgehen wird. Speziell hätte ich die facultative Schlachsteuer gewünscht und kann meine Ansicht nicht verhehlen, daß die Aufhebung der Schlachsteuer den Communen nur Schaden gebracht hat.

Abg. Dr. Langerhans:

Er bedauerte, daß man noch immer keine allgemeine Landgemeindeordnung habe, welche recht eigentlich die nothwendige Voraussetzung des Communalsteuergesetzes sei. Das Gesetz selbst anlangend, so bliebte die Schlachsteuer auch als facultative nicht in demselben aufgeführt werden. Fleisch ist ein nothwendiges Nahrungsmittel und darf nie mehr die Möglichkeit erlauben, daß es von den Gemeinden besteuert wird. Die Exemption der Staatsbeamten von den Gemeindesteuern muß aufhören, um so mehr ist das erforderlich, als durch die im Aussicht genommene Verstaatlichung der Bahnen das Heer der Staatsbeamten gar sehr wachsen wird. Auch der Reichsstosse darf nicht länger privilegiert sein in Bezug auf Communalabgaben.

Regierungscommisar Geheimrath Herrfurth:

Die Dringlichkeit der Vorlage sei vom Hanse und von der Regierung wiederholt betont worden, der Erlass eines Communalsteuergesetzes als unaufschiebar eingestellt worden. Auch die Überweisung von Staatssteuern an die Communen sei erst nach Emanation der Vorlage möglich. Ermäßigungen, bezüglich der Besteuerung des Fiscus sei die Regierung sehr nachgiebig gewesen. Keinesfalls aber könne, und zwar aus staatsrechtlichen Gründen, der Reichsstosse zu den preußischen Communalsteuern herangezogen werden.

Abg. Dr. Meyer-Breslau:

Die Vorlage hat den wesentlichen Vorzug, daß sie nicht wie die Zoll- und Eisenbahngesetze mit unsern alten Traditionen bricht, sondern an dieselben anknüpft und sie in vorsichtiger Weise zu verbessern bemüht ist. Das Gesetz ist gewissermaßen eine Consolidationsacte und wird vielleicht gerade seines conservativen Charakters wegen vielseitig angesiedelt. Die Vorlage enthält im zweiten Theile nur Vorherle, seine Nachtheile. Wollte man aber den zweiten Theil, dann müsse man auch den ersten annehmen, welcher die Basis des zweiten sei, das sei die conditio sine qua non. Es bleibt ja nach Annahme des Gesetzes noch viel zu wünschen übrig, ich persönlich bedauere z. B. sehr, daß man noch immer industrielle Etablissements zu den Steuern heranziehen kann in solchen Nachbargemeinden, in denen Arbeiter derselben wohnhaft sind. Aber vorläufig müssen wir die Regelung dieser Frage noch hinausschieben. Die Schaffung einer communalen Realsteuer muß unter Ideal bleiben. Das Steuerprivileg der Beamten muß wenigstens in begrenzter Weise aufrecht erhalten bleiben, da es mir auf einem richtigen Prinzip zu beruhen scheint. Wollte man die Beamten besteuern, so hätte es der Staat in der Hand, sie nach Döbeln in Städte mit hoher oder niedriger Communalsteuer zu schicken. Was die geschäftliche Behandlung anlangt so bin ich damit einverstanden, die Vorlage einer besondern Commission zu überweisen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde:

Das Bedürfnis des Gesetzes gebe ich zu, ob aber den Landgemeinden des Ostens dadurch geholfen wird, muß ich bezweifeln. Der Entwurf enthält als Novum eigentlich nur die Zulässigkeit der Hundesteuer. (Heiterkeit.) Soll das Gesetz einmal erlassen werden, dann stehe ich einigemassen auf dem Standpunkte der Fortschrittspartei. (Heiterkeit.) Ich warte auch auf eine Landgemeindeordnung und bitte, das Gesetz bis zur Emanation einer solchen zu vertagen. Wir haben die Selbstverwaltung bisher nur tropfweise bekommen; ohne Landgemeindeordnung verfehlt dieses Gesetz aber seinen Zweck. Das Gesetz aber ist nicht nur nicht nötig, sondern auch gefährlich für die Landgemeinden.

Die große Fülle der Naturalleistungen derselben, von denen der Redner eine bedeutende Anzahl aufführt, unter anderem auch die Unterhaltung des „Ostbalkans“ (große Heiterkeit) würden in dem Gesetze ganz übergegangen, oder erfüllen nur ganz vorläufige Verhöldigung. Ich würde demnach sehr wünschen, daß die Commission die Landgemeinden ganz aus dem Entwurf kriege; ich hoffe, wie werden in der Landgemeindeordnung, die hoffentlich wie die Kreisordnung provinziell erlassen wird, viele hier übergangene wichtige Punkte zweckmäßiger regeln. Das in dem Entwurf prinzipiell wieder adoptierte Prinzip der Autonomie der Gemeinden kann der Redner im Gegenzah zum Abg. Schmidt nur mit Freude begrüßen. Hoffentlich werde auch die über kurz oder lang eintretende Revision der Kreisordnung diesem Prinzip Rechnung tragen. (Beifall rechts.)

Abg. Grumbrecht widerspricht zunächst der Behauptung des Abg. Schmidt, daß den Gemeinden ein Recht zur Benutzung nur vom Staaate verliehen werden könne; das Recht der Gemeinde stehe schon historisch fest, da die Gemeinde älter ist als irgendein Staatswesen. Ein einheitliches System der Communalbesteuerung sei allerdings ein Ding der Unmöglichkeit; die Provinz Hannover z. B. befindet sich direct im Gegenzah zu der Nachbarprovinz Westfalen. Jedenfalls müsse aber jeder Verfahrt, zu einer größeren Einheitlichkeit zu gelangen, danbar aufgenommen werden.

Abg. Graf Wingenrode:

Der gegenwärtige Entwurf hat doch ein etwas anderes Aussehen als die früheren, seit im Reiche und in Preußen die Steuerverform in Angriff genommen ist. Der zweite Theil des Entwurfes besonders muß willkommen geheißen werden; nur geringe Einzelheiten desselben sind verhöldiglich. Dass die Bereitwilligkeit des Fiscus zum Beitrag zu den Communalsteuern ausdrücklich ausgesprochen ist, verdient unser Dank. Meine Bedenken gegen den Entwurf beziehen sich auf den ersten Theil. Wenn auch in einem großen Theile des Landes das Zuschlagsystem besteht, so kann ich das für dieses System nicht als beweisstätig ansehen. Die hier aufgestellten Grundsätze decken sich nicht vollständig mit denjenigen, die in die Kreisordnung aufgenommen sind — sie machen also doppelte Arbeit nötig. Aber auch materiell sind die Bedenken sehr gewichtig. Die Basis des Systems sind Personalesteuern einerseits, Grund- und Gewerbesteuern andererseits. Den wichtigsten Ausgleich zwischen beiden hat die Vorlage nicht gefunden, das Verhältniß zwischen Leistung und Gegenleistung ist daraus nicht abzuleiten, denn die festen Personalesteuern und die schwankenden Realsteuern sind incommensurable Größen. Das an Ort und Stelle fixierte Ein-

kommen, der Grundbesitz, ist allerdings in erster Linie berufen, an den Communalabgaben mitzutragen; eine größere Gleichmäßigkeit in den Steuerleistungen würde aber durch eine Schädigung herbeigeführt werden, wobei die Einkommen aus Grundbesitz, aus Gewerbebetrieb, aus Kapitalrente etc. scharf auseinandergehalten werden; auf Grund dieser Schädigung müßte dann eine je nach dem Bedürfnis wechselnde Heranziehung zur Steuerlast eintreten. Ich glaube nicht, daß diese meine Auffassung eine utopische ist, ich glaube im Gegenteil, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dem Vorlage etwas näher zu treten. In der Hoffnung, daß die Commission die Frage des Zuschlagsystems einer eingehenden Prüfung unterziehe, accipere auch ich den Vorlage auf Einschaltung einer Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Webell-Piesdorf hält die Bestimmungen der Vorlage über die Besteuerung der Forenzen und juristischen Personen sowie über die Besteuerung der Doppelbesteuerung für durchaus wohlthätig und nützlich. Indessen gewähre die Vorlage doch nicht genügende Latitude für die verschiedenen Landgemeinden; namentlich die Bestimmungen über Umwandlung der Natural- und Geldleistungen vermöge er nicht zu biligen. Diese hätte man lieber der Autonomie der Gemeinden überlassen sollen.

Abg. Frhr. v. Huene:

Die Vorlage charakterisiert sich entschieden als ein Rücktritt auf dem Gebiete der Communalsteuergesetzgebung und ich kann ihr gar keine Sympathie entgegenbringen. Ich möchte daher der Commission empfehlen, den Entwurf allerdings zu prüfen, dann aber so schnell als möglich fallen zu lassen und eine neue Vorlage auszuarbeiten.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Nach reiflichster Erwägung ist die Königliche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß der vorliegende Gegenstand nicht wohl anders geregelt werden kann, als es in der Vorlage verfügt wird, besonders aber ist der zweite Theil, welcher die Besteuerung der Forenzen und juristischen Personen behandelt, in der vorgeschlagenen Weise zu ordnen unumgänglich. Ich bitte Sie, entgegen dem Herrn Vorredner, die Vorlage nicht in der Commission zu bringen. Die Schwierigkeiten, zu einer Vereinbarung zu gelangen, sind übrigens nicht so bedeutend, als man auf gegenseitiger Seite es hinstellt. Dieselben Ausstellungen wie heute sind auch in den vorigen beiden Sessonen dem Entwurf gegenüber gemacht worden und doch ist man leicht zu einer alle Theile befriedigenden Verhöldigung gelangt. Wenn wir erst warten wollen, bis wir ein Unterrichtsgesetz, ein Communalgesetz haben, dann müßten wir die Sache doch zu lange ausschieben, während die Dringlichkeit, die vorliegende Materie zu ordnen, doch von keiner Seite be zweifelt wird. In dem überwiegenden Theile des Landes bestehen ja die Bestimmungen dieses Gesetzes ohnehin bereits und lassen für die Gemeinde eine genügende Latitude offen. Die Prüfung des Verhältnissmodus der Communalabgaben in den Landgemeinden hantisch durch die Amtshauptbehörde ist eine sehr milhafte Arbeit und ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, den Entwurf in der Commission so zu vereinbaren, daß er in dieser Session Gesetz werde.

Die Vorlage geht hierauf an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft; nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Erste Berathung der Entwürfe betreffend die Anlegung der zweiten Gleise auf der Mosel- und Saarbahn und betreffend den Anlauf der Homburger Eisenbahn; erste Berathung des Schanksteuergesetzes.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 15. Nov. In Nr. 266, in dem kurzen Bericht über einen wichtigen Rechtsfall vor dem Reichsgericht, ist uns, wie wir belehrt werden, ein sehr unlösbarer Irrthum passirt. Wir entnahmen jenen Bericht (wie wir hiermit ausdrücklich constatiren), weil die Reichsgerichts-Correspondenz uns durch ein Verschreiben nicht zugegangen war, aus zweiter Hand (auszugsweise) der National-Zeitung. Die Haft, womit wir diesen Auszug fertigten, nachdem wir vergeblich immer noch auf das Eintreffen der Reichsgerichts-Correspondenz gewartet, um den Fall vollständig zu geben, mag es erklären, wenn auch nicht entschuldigen, daß wir in den Irrthum versielen, der Referent des Reichsgerichts habe sich zu Gunsten der Angeklagten ausgesprochen, weil wir von einem Botum desselben gegen diese nichts lasen. Erst jetzt sind wir darüber aufgeklärt worden, daß die Referenten im Reichsgericht überhaupt kein Botum abgeben, sondern bloß objectiv den Fall vortragen. Der Fehler ist also unser und nur unser — weber Reichsgerichts-Correspondenz noch National-Zeitung haben teil daran.

N.L.C. Berlin, 14. Nov. Es scheint nun doch, daß mit der Ernennung des Staatssekretärs Friedberg zum Justizminister eine Änderung in dem Verhältniß des Reichs-Justizamts zum preußischen Justizministerium nicht eintreten soll; es wird vielmehr die unmittelbar bevorstehende Ernenntung eines neuen Staatssekretärs im Reichs-Justizamt angekündigt. Es wird damit eine der Hoffnungen getäuscht, die sich an diese Ernennung gefügt hatten, und man kann den Gedanken nicht unterdrücken, daß in dem Aufgeben eines allgemeinen Annahme zufolge bestehenden Plenars ein Sieg des particularistischen Strebens zu erblicken ist, die Institution der Reichsämter möglichst in ihrer Entwicklung aufzuhalten. — Die in einigen Blättern enthaltene Nachricht, daß Dr. Miquel in Magdeburg

für den Reichstag candidiren werde, ist, wie wir hören, nicht richtig. Wenn diese Candidatur von anderer Seite ins Auge gefaßt war, so hat Dr. Miquel dagegen aufs bestimmteste erklärt, daß dieselbe Erwägung, die ihn veranlaßt, bei den letzten Reichstagswahlen sich um ein Wondat nicht zu bewerben, ihn auch jetzt davon abhält, nämlich die Erwägung, daß er eine doppelte parlamentarische Thätigkeit im Abgeordnetenhaus und Reichstage mit seinen Amtspflichten als Oberbürgermeister nicht glaube vereinigen zu können.

— In der am 13. Nov. unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates wurden die zur Ausführung des Gesetzes betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande vom 20. Juli d. J. zu erlassenden Ausführungsvoorschriften festgestellt. Die Versammlung faßte außerdem den Anträgen der mit der Berichterstattung beauftragten Ausschüsse entsprechend über verschiedene Zollangelegenheiten Besluß, insbesondere über a) die Tarifierung der gedruckten Cigarren und der Cigarettenbreter; b) die vorläufige Änderung des amtlichen Waarenverzeichnisses; c) die Zollbehandlung des nicht zur Leuchtölaffabrikation bestimmten Petroleum; d) den Abschluß eines Theiles der zum hamburgischen Freihafen gebührigen Kaltanhöfe an das Zollgebiet; e) Eingaben wegen Nachverfolgung von Tabak und Wein, wegen Zollerlasses für Rötheisen, Stundung von Weinholz und eine Eingabe betreffend die Normalata zur Feststellung des Nettopengewichts der Fässer beim Branntweinexport. Zu b) wurde die von der hierzu berufenen Commission ausgearbeitete „vorläufige Änderung des amtlichen Waarenverzeichnisses vom Jahre 1870 und des Nachtrages zu denselben vom Jahre 1873“ mit einigen Modifikationen genehmigt und beschlossen, dieselbe bis zur Fertigstellung der definitiven Redaction des amtlichen Waarenverzeichnisses in Anwendung zu bringen. Den Schluß bildete die Vorlegung von Eingaben, welche den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden.

— Die Magdeburgische Zeitung schreibt: „Vor kurzem ist gemeldet worden, daß der Krankheitszustand des Fürsten Bismarck ein bedenklicher sei, weil sich zu seinem neuralgischen Leiden ein constitutionelles gesellt habe. Als solches wurde schon vor der Reise des Fürsten nach Barzin der Anfang einer Verfettung des Herzens bezeichnet. Gute Vernehmnen nach hatte jedoch eine auf diese Vermuthung hin angestellte Untersuchung eine Bestätigung nicht ergeben und die deshalb gehegten Besorgnisse sind rundweg zerstreut.“

Über das Befinden des Fürsten Bismarck geht der Stargarder Zeitung aus Schlawe vom 9. Nov. aus guter Quelle folgende Nachricht zu: „Dr. Struck ist allerdings zu östern malen in Barzin gewesen, von hier aus aber hat er nie Arzneien empfangen, was bei schlimmen, vor allem plötzlichen Leiden doch weder Hall gewesen wäre; ein Arzt von hier ist nie Bismarcks Befinden wegen in Barzin gewesen. That-sache ist, daß er an einem sehr unangenehmen Rheumatismus eventuell Hexenschuß leidet, er bewegt sich aber sonst in der gewohnten Soppe in Feld und Wald.“

— „Über die Entstehung der Sensationsnachricht, daß Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst vom Reichskanzler zu seinem Stellvertreter und Nachfolger aussersehen sei, verbreitet sich jetzt“, sagt die Magdeburgische Zeitung, „ein helles Streiflicht. Es ist nämlich bekannt geworden, daß Fürst Hohenlohe einen eigenhändig Brief des Reichskanzlers empfangen hat. Der Inhalt desselben ist natürlich niemand bekannt geworden, aber die Thatsache seiner Absendung allein hat jene Combination hervorgerufen, die sich durch die Erklärung zurückzuziehen suchte: das Project sei aufgegeben, weil Fürst Hohenlohe in Paris nicht zu erscheinen sei.“

— Der Augsburger Allgemeine Zeitung schreibt man von der Ostseeküste unter dem 11. Nov.: „Es ist ganz unverkennbar, daß seit ungefähr Jahresfrist von Seiten des preußischen Kriegsministeriums eine vermehrte Sorgfalt aufgewendet wird, um längs der deutschen Ostseeküste alle Anstalten für eine etwaige Defensive möglichst zu verstärken. Besonders der Anlegung strategisch wichtiger Küstenbahnen, der Befestigung der Häfen und der genauesten Erforschung aller Verhältnisse der Küstenstriche, die bei einer etwaigen Vertheidigung gegen Landungsversuche auswärtiger Feinde von Nutzen sein könnten, wendet man die größte Aufmerksamkeit zu. In dieser Absicht fanden in den letzten Wochen in Mecklenburg und an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste unter Führung des Oberstlieutenants v. Unruh wieder sehr umfangreiche vom Generalstab angeordnete Vereisungen statt. Ebenso waren schon im letzten Sommer mehrere Kanonenboote unserer Kriegsflotte längs der deutschen Ostseeküste eifrig mit Forschungen über die Verhältnisse des Meeres, Messungen, Peilungen und Sondirungen der Einfahrten in die verschiedenen Häfen und genauer Aufnahme aller Stellen längs der Küste, an denen die Möglichkeit einer feindlichen Landung annehmbar ist, beschäftigt. Auch die

Plane zur Aufstellung einzelner Panzerthüren an mehreren dazu besonders geeigneten Stellen und zur Anlegung von Schienensträngen, um schwere Geschütze schnell und ohne sonderliche Kosten dahin transportieren zu können, sind in Berlin bereits ausgearbeitet."

Preußen. — Berlin, 14. Nov. Die Zeitungsberichte über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses enthalten in dem Bericht über die von dem Minister Maybach am 8. Nov. gehaltene Rede einen Irrthum, der auch in die gestern ausgegebene Provinzial-Correspondenz übergegangen ist. Letztere hat diese Rede nach dem Oldenberg'schen Bericht gegeben. Dem Minister wird darin die Aeußerung in den Mund gelegt, es sollten die Bureau des Reichs-Eisenbahnamtes in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten verlegt werden. Nach Ausweis des Stenographischen Berichtes hatte der Minister diese Verlegung allerdings für das kürzlich geschaffene neue Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Aussicht genommen. Dieses Amt darf jedoch nicht mit dem Reichs-Eisenbahnamte, welches wesentlich eine Aufsichtsbehörde ist, verwechselt werden, denn dasselbe ist seiner Bestimmung nach Reichseisenbahnverwaltungsbamt, das die im unmittelbaren Besitz des Reiches stehenden Bahnen zu verwalten hat.

— Die National-Zeitung berichtet aus Berlin: Die kirchlich-liberalen Wähler der Jakobi-Pfarre traten am 13. Nov. zu einer die kirchlichen Wahlen vorbereitenden Versammlung unter dem Vorst. des Bezirksvorstehers Loewel zusammen. Den einleitenden Vortrag hatte Abg. Stadtrath Dr. Techow übernommen, der unter lebhaftem Beifall der Versammlung wesentlich in der nämlichen Weise wie am Dienstag vor den liberalen Gemeindemitgliedern der Sanct-Simeons-Pfarre die Lage der evangelischen Landeskirche darlegte und zu einer eifigen Beteiligung an den Wahlen vom 4. Jan. 1890 aufforderte. „Berlin“, schloß er, „müsste seine Ehre darin suchen, sich auch in kirchlicher Beziehung als eine feste Burg der Freiheit und des Rechtes zu erweisen.“ Nach ihm sprach Professor Arndt: „Für keine Gemeinde sei die bevorstehende Wahl so wichtig wie für die Jakobi-Gemeinde; die Gegenseite innerhalb dieser Gemeinde hätten sich so verschärfst, daß sie kaum noch zu versöhnen seien; würde die liberale Partei hier unterliegen, so wäre das eine Schmach, die von den bedeutsamen Folgen sein müßte. Werde Pfarrer Werner nicht bestätigt, so würden natürlich die Gemeindeorgane den Weg der Beschwerde an den Oberkirchenrat beschreiten; es sei jedoch Pflicht, durch eine compacte liberale Majorität am 4. Jan. zu beweisen, daß die große Mehrheit der Wählerschaft in diesem Punkte hinter den Beschwerdefächtern stehe.“ Professor A. Weber: „Die Chancen für die Wahlen in der Jakobi-Gemeinde seien keineswegs so glänzend, daß man die Hände in den Hosos legen dürfe. Bei der letzten Wahl hätten sich von 2000 Wählern nur etwa 700 beteiligt; die Liberalen hätten 410, die Gegner 310 Stimmen aufgebracht. Wollten sich daher etwa die liberalen Wähler, angewidert von den jetzigen kirchlichen Zuständen, von der Wahlurne fern halten, so würde dies eine Lebensfrage für die liberale Partei in der Jakobi-Gemeinde werden.“

— Von einem Geistlichen der Provinz Sachsen erhielt die Magdeburgische Zeitung eine Buschrift, in der es heißt:

Neben dem mancherlei Guten, was die Generalsynode verhandelt hat, hat sie sich doch hier und da zu Beschlüssen hineinsetzen lassen, die auch für Geistliche, die einer gemäßigten, vermittelnden Richtung, wie der Unterzeichnante, angehören, also nicht allein für die Mitglieder des Protestantvereins, von großem Bedenken sind. Jener angestammten Antrag Gisele ist geradezu eine Schmach für die evangelische Kirche, die — das können Sie sicher glauben — von vielen evangelischen Geistlichen tief empfunden wird. Es ist in der That eine Verleugnung des Grundprincips der Reformation von der „Freiheit eines Christenmenschen“ und eröffnet Überdies dem so gemeinen Denunciantentwesen und der Recherrichterei Thor und Thylr. Und was soll man zu jenem andern Antrage, dem von Böckeler-Kölling sagen? Dass die Spalte dieses Antrages zunächst gegen von sehr vielen Geistlichen sehr hochgeachtete Persönlichkeiten (wie Professor Betschlag, dessen dankbarer Schüler und unanfechtbarer Verehrer ich bin), gerichtet war, ist mir wenigstens nicht zweifelhaft. Dass ferner der eigentliche Zweck dieses Antrags war, die freie, wissenschaftliche Forschung auf der Universität unmöglich zu machen, dürfte wol auch auf der Hand liegen. Und nun die Consequenzen? Welcher von wissenschaftlichem Geiste irgendwie erschöpfte junge Mann sollte dann noch Lust haben, sich der Theologie zuzuwenden! Das Einfachste wäre, man führt auch bei uns überall Priesterseminare ein, wo die jungen Theologen die Bibel, Katechismus und noch einige andere Erbauungsbücher wörtlich auswendig lernen und von der bösen Wissenschaftsdothei abspeisen! Wozu dann noch theologisch-wissenschaftliche Examina? Wozu dann noch Pastoralconferenzen, auf denen wissenschaftliche Fragen verhandelt werden? etc. Nein, der Rückblick auf die hochwürdige Generalsynode ist bei aller Anerkennung ihrer Verdienste im ganzen für mich und gewiß für viele Geistliche, namentlich in unserer Provinz Sachsen, ein schmerzlicher. Unsere evangelische Kirche hat dadurch in den Kreisen vieler gebildeter und auch kirchlich-gesinnter Leute — wovon ich schon persönlich mich habe überzeugen können — an Ansehen verloren. Ich selbst habe oft mit einer wahren Beklemmung die Verhandlungen gesehen und mich manchmal gefragt: Ist das nur möglich? Dass schließlich den Mitgliedern der „Mittelpartei“ nicht selten das Wort einfach abgeschnitten wurde, dürfte die Majorität der Synode ebenfalls hinlänglich charakteristisch.

— Die gegen die Reichstagsabgeordneten Fritzsche und Hasselmann, wie seinerzeit mitgetheilt, von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklage (weil sie umgekehrt ihrer aus Berlin erfolgten Ausweisung zur Teilnahme an den Reichstagsitzungen dorthin zurückgestellt waren) ist von der Ersten Strafkammer des

berliner Landgerichts als nicht statthaft zurückgewiesen worden. Der betreffende Beschuß lautet nach dem dresdener Reichsbürgers so:

In der Untersuchungsache wider 1) den Cigarrenarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche, 2) den Schriftsteller Wilhelm Hasselmann ist auf Anklage der königlichen Staatsanwaltschaft vom 26. Oct. 1879 beschlossen, daß das Hauptverfahren gegen 1) den Cigarrenarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche, 2) den Schriftsteller Wilhelm Hasselmann wegen Vergehens gegen §. 28 des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie nicht zu eröffnen, vielmehr beide Angeklagte außer Verfolgung zu sehen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen. Königliches Landgericht I. Strafkammer I. Berlin.

Durch diesen Beschuß der Strafkammer ist, da eine Beschwerde gegen denselben bei den höhern Instanzen durch die §§. 172 und 346 der Strafsprozeßordnung ausgeschlossen ist, die Sache endgültig erledigt. Gründe, welche die Strafkammer zu ihrem Beschuß führten, sind nicht mitgetheilt; das Gesetz schreibt eine Motivierung derartiger Beschlüsse nicht vor.

— Die National-Zeitung „hält es trotz aller Démentis nicht für unwahrscheinlich, daß die Zukunft der hannoverschen Dynastie wie früher in Gründen so zeigt in Wien einen Gegenstand ernstlicher Erwägungen bildet“.

Destreich-Ungarn.

In der Sitzung des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses vom 13. Nov. entwickelte Minister Horst die Gründe, warum die Regierung gerade eine zehnjährige Etatsperiode forderte, und sagte schließlich: „Die Mächte, mit welchen die Monarchie Verbindungen anknüpft, müssen nicht nur für heute oder morgen, sondern auf einen langen Zeitraum hinaus wissen, wie stark die Armee Destreichs ist und daß eine Reduzierung nicht zu besorgen sei.“

— Das Berliner Tageblatt erhielt aus Wien vom 14. Nov. folgendes Telegramm: „Bei dem gestrigen Empfang des Barewitsch am Bahnhof fiel es auf, daß letzter nicht die Uniform seines österreichischen Regiments, sondern die eines russischen Generaladjutanten trug. Die Erzherzoge waren nicht am Bahnhof. Sowohl das Publikum am Perron als auch dasjenige auf der Straße verhielt sich eisig kalt. Kein einziger Hochruf wurde laut.“

Italien.

Aus Siena vom 12. Nov. wird gemeldet: „Der Proces der Pazzarettisten wurde heute beendigt. Die 22 Angeklagten dieser clerikal-socialen Schwärmersele, welche im August 1878 wegen eines Attentats auf den Staat, die Sicherheit der Personen und des Eigenthums blutig unterdrückt wurde, sind sämtlich freigesprochen worden.“

Frankreich.

* Paris, 13. Nov. Ueber die Rede des Lords Beaconsfield bei dem Lord-Mayors-Banket bemerkte der Temps: „Man könnte, wenn man die Rede von Lord Beaconsfield liest, sich einbilden, es gebe weder ein Russland noch eine Türkei in der Welt. Sprechen wir es aus! Dieses Schweigen selbst scheint uns geeignet, das Publikum nachdenklich zu machen. Es scheint uns schwer, anzunehmen, der Redner habe sich freiwillig der schlechten Laune seiner Freunde und dem Spott seiner Gegner ausgesetzt, ohne einen Grund zu haben, so zu handeln. Bis auf weiteres sind wir geneigt zu glauben, daß Lord Beaconsfield, da er sich weigerte, sich zu erklären, gerade begreiflich machen wollte, daß die Lage zu ernst und die Ereignisse zu nahe wären, um die Veröffentlichung des gegenwärtigen Zustandes der Unterhandlungen und der Beschlüsse zu gestatten. Wir können uns irren, aber ohne aufgezeigt zu sein, weder den Charakter noch das Talent des Chefs des englischen Cabinets herauszustreichen, können wir bis zum Beweise des Gegenteils sein Schweigen betrifft der türkischen Angelegenheiten nicht anders als durch eine vorgefasste Absicht erklären. Er wollte zu verstehen geben, daß die Handlungen auf dem Punkte wären, an Stelle der Worte zu treten.... Lord Beaconsfield muß in der türkischen Frage handeln oder sich für bestellt erklären; dies ist das Dilemma, in das ihn der kürzliche Schritt von Sir H. Sahard einschloß und in das er sich noch vollständiger einschloß, indem er sich am Montag weigerte, Erklärungen zu geben, denn wir bestehen auf unserer Anslegung seines Schweigens. Es ist möglich, daß er irgend einen Beschluss verheimlicht, der bestimmt ist, nächstens an den Tag zu treten. Wäre es anders, so müßte der Cabinetschef, seine Politik, seine Partei unter der Last der Verachtung des Landes, um nicht Europa zu sagen, fallen.“

Der »National« findet, daß Fürst Bismarck keine kriegerischen Pläne hegen könne. „Wenn er daselbe Ziel erreicht, der deutschen Industrie ein sicheres Absatzgebiet verschafft, ihr den Zugang zu den mitteländischen Häfen erleichtert, warum dann noch sich einen viel schlimmern Krieg als den von 1866 auf den Hals laden? Eine Beseitigung führt besser zum Ziele. Durch eine Verständigung mit Destreich bildet

er eine Vereinigung von 80 Mill. Menschen, welche alle Vortheile des Freihandels genießen und, dank den Differentialtarifen, die Concurrenz mit der ganzen Welt aufhalten. Fürst Bismarck glaubt, daß beide Reiche in ihren so verschiedenartigen Provinzen alle möglichen Industrien hervorrufen können, um sich denjenigen aller andern Länder zu entschlagen. Bis jetzt hatte Destreich eine blühende Zuckerindustrie; Deutschland stellt ihm 45 Mill. neue Verbraucher; die hochentwickelte Baumwollindustrie des Elsass hat in Destreich ein weites Absatzgebiet. Im Innern Freihandel, nach außen Zollschutz, so ist die Lösung. Bis jetzt war es für Destreich ein großer Nachteil, die Häfen der Ost- und Nordsee nicht erreichen zu können, ohne die deutschen Zölle tragen zu müssen. Für Deutschland handelt es sich darum, frei nach dem Adriatischen Meere zu gelangen. Wird die Verständigung erzielt, so sichern sich beide Reiche im Centrum Europas allen Durchgangs- und andern Verkehr und werden unabhängig von Russland, Frankreich, Italien, Was England betrifft, so greift man es im Orient an: durch Saloniki schmeichelt man sich, es zum zweiten Range herabdrücken, ihm den asiatischen Verkehr entreißen zu können.“ Das Blatt begreift sehr wohl, daß durch eine österreichisch-deutsche Beseitigung beide Reiche ungeheure Vortheile und eine entscheidende Stellung im Welthandel erreichen würden.

Der pariser Cassationshof befahl dieser Tage in feierlicher Sitzung die Untersuchung gegen Marier de Bressillac, Richter in Toulouse. Derselbe wurde vor den Cassationshof verwiesen, weil er auf einem royalistischen Banket ein Hoch auf den König ausgetragen hatte. — Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris vom 12. Nov.: „Nach den Wahlen Humbert's in Paris und Garel's in Lyon verdient der Wahlsieg der socialistischen Arbeiterpartei im Nord eine besondere Beachtung. Chéri-Dumez ward in Lille zum Generalrath erwählt gegen die Kandidaten der opportunistischen Republikaner und des linken Centrums, die ihm entgegenstanden. Die Wähler haben einen neuen, noch ganz unbekannten Mann, der aber von den Intransigenten und Socialisten empfohlen war, zwei Männern vorgezogen, die unter dem Kaiserthum treue Verbündete der liberalen Richtung waren und ehrlich der Republik ergeben sind. Die Städte des Nord waren bisher der ungünstigen Anstellung durch die socialistischen Theorien entgangen. Ein gemäßigtes Blatt von Lille sagt verzagten Tons: «Das Thor, welches sich für die Herren Humbert, Garel und Dumez geöffnet hat, wird sich nicht schließen und bald der Legion, die ihnen folgen wird, Durchgang gewähren.» Die Opportunisten und Gambettisten sind im Canton von Lille übersiegelt, und wenn in andern Cantonen des Nord Wahlen stattzufinden hätten, würde es dort ebenso gehen. Was sich jetzt in Paris, Lyon und Lille zugetragen hat, wird in den großen Städten und den Mittelpunkten der Industrie allgemein nachgeahmt werden. Es ist ein Vorbispiel der nächsten Kammerwahlen und Erfahrungswahlen für die Municipalräthe.“

Großbritannien.

+ London, 13. Nov. Mit Ausnahme des Viscount Sandon, der von der Königin zu Balmoral empfangen wurde, wohnten sämtliche Minister der vorgestrittenen Cabinetssitzung in Downingstreet bei. Unmittelbar nach der Sitzung, welche gegen drei Stunden dauerte, hatte Lord Dufferin, der englische Botschafter am russischen Hofe, eine längere Unterredung mit dem Premierminister und fuhr am Abend nach dem Continent ab. Er wird einige Tage in Paris und in Berlin verweilen; man versichert, daß er Instructionen sehr energischer Natur nach Petersburg mitnehme, und diese Versicherung gewinnt dadurch einige Glauwohlwürdigkeit, daß der Botschafter im Laufe der Woche täglich mit Lord Salisbury in Hatfield konferiert hat. Man erinnert sich des herausfordernden, fast heftigen Tons, welchen jüngst der Leiter des Auswärtigen Amtes in seiner Rede zu Manchester gegenüber Russland angeschlagen hat. Auch sein Bericht mit dem Grafen Schuvalow war, wie verlautet, in der letzten Zeit ein ziemlich läßlich, wenn nicht schroffer gewesen. Die ministeriellen Blätter reproduzieren die Nachricht von der Abarbeitung und dem Rücktritt Schuvalow's, ohne eine Silbe hinzuzufügen, und auch die Daily News registriert lediglich die Thatsache ohne irgendeinen Commentar; das leitende Oppositionsblatt ist noch vollaus damit beschäftigt, die Guildhall-Reden der Minister zu widerlegen — selbst seine City-Marktberichte sind heute teilweise dieser Aufgabe gewidmet. Nur das Daily Chronicle, das Organ der gemäßigten Liberalen, findet es opportun, dem scheidenden Vertreter Russlands einen warmen Nachruf zu widmen, in welchem sie denselben als den Bewahrer des Friedens und als mutmaßlichen Nachfolger des Grafen Schuvalow bezeichnen.

Fürst Lobanow-Rostow, der zum Nachfolger des Grafen Schuvalow ernannt ist, darf seine hiesigen Posten wol schwerlich sehr rasch antreten. Man meldet, daß er in Konstantinopel bis zur Ankunft sei-

nes noch in Fabrikation geben, und land Privatbesitz Platz hant.

— Aus dem nehmten wir der der Vorfahrt dem Lord-Lord-Mayor schaft aus zurückzurufen begann, in wen diplomatische der Handel einander für und wenn die dünnen die und der Ma hört, hört! gut verrichten die Früchte ihm gestattet sprechen, so Souverän zu aufrecht erhalten. Es gäbe kein das die Welt sein Reich.

Aus Paris berichtet: „Ein herzlicher Kaiser, wo Jahre nicht Zar aus Cannes verabschiedet.“

R.V.C. Leipzig II. Kammer ist debatte über Wie leicht v Reden zu klein auch vom Reg welche unrealen Auslösu bleibt in erste jeder Schwarz kennen, won unser Finanzjog, und an allen Gebieten Staatsaufgaben zu lassen. Dieser Verteilung und wollen nicht derselben der es ihr so gelingt zu machen sie dabei die Thatsache, da in den letzten sind, darfste ja Politiker überwältigt eine Rücksicht, in dem neigt, indem es fahren haben. Diese Richtvern welche die Regione.

Der zu ertrag der Reichsökonomie entricht der Finanzminister theilen, wenn ersten reform eingetreten noch mehr den schluß aufweisen wird man im vereit entgegen ber stetig wachsen Eisenbahnen wie ebenfalls in des Staates dar wird.

Von seitens seiner Finanzpolizistisch ungünstig Rednern die

schen, welche und, dank der t, der ganzen t, daß beide rovinzen alle um sich der- gen. Bisjetrie; Deut- er; die hoch- fress hat im Inneren Frei- losung. Bis- lachtheit, die sich zu kön- müssten. Für i nach dem ie Verständi- im Centrum Verkehr und eich, Italien, s im Orient ch, es zum itischen Ver- Zolleinigung begreift sehr eine entsche- würden.

er Tage in en Marier selbe wurde auf einem König aus- aus Paris amberg's in Wahlsieg im Nord- land in Eile bidaten der Centrum, haben einen aber von ohlen war, Kaiserthum waren und Städte des kung durch gemäßiges Das Thor, el und Da- n und bald ang gewäh- en sind im in andern tten, würde Paris, Lyon den Städten gemein nach- er nächst Municipal- e des Bi- al moral minister der gstreet bei. drei Stun- lichen Vol- unterredung d nach dem Paris und r Instruc- mitnehme, ige Glaub- der Woche exerkt hat. st festigen tigen Amts- land am- im Grasen Zeit ein. Die mis- t von der ohne eine News re- den Com- ch vollauf- klinister zu sind heute das Daily len, findet ands einen denselben maßlichen et. Pachfolger einen his- n. Man künft sei

nes noch in Petersburg befindlichen Nachfolgers, Hrn. Gaburov verweilt, um demselben die Geschäfte zu über- geben, und dann erst während einiger Zeit in Russland Privatangelegenheiten ordnen will. Die längere Abwesenheit eines russischen Vertreters vom hiesigen Platze könnte unter Umständen misliche Folgen haben.

Aus den jetzt vorliegenden englischen Blättern entnehmen wir folgenden Bericht über die Rede, welche der deutsche Botschafter Graf Münster auf dem Lord-Mayor's-Banquet zu London hielt. Der Lord-Mayor hatte die Gesundheit der fremden Botschafter ausgebracht, und Graf Münster, mit lebhaften Zursachen begrüßt, beantwortete den Toast mit einer Rede, in welcher er zuvorherst auf die gute Wirkung hinwies, welche vergleichene Festveranstaltungen auf das diplomatische Corps ausübten. Die Diplomatie und der Handel seien zwei Schwestern, die sich stets miteinander für die Wohlfahrt der Welt verbinden sollten, und wenn die Diplomaten ihre Arbeit gut verrichtet hätten, dürften die beiden Herren Voreddner (der Kriegsminister und der Marineminister) sehr wenig zu thun haben. (Hört, hört!) Wenn sie (die Diplomaten) ihr Werk gut verrichtet hätten, sollten die Herren der City von London die Früchte ihrer Arbeiten genießen. (Beifall.) Wenn ihm gefallen sei, ein Wort über Deutschland zu sprechen, so könnte er sicher behaupten, daß es keinen Souverän gebe, der mehr wünsche, den Weltfrieden aufrecht erhalten zu sehen, als der Kaiser dieses Landes. Es gäbe kein Reich, das erfreuter sein würde zu wissen, daß die Welt eine Ära des Friedens genieße, als sein Reich. (Lauter Beifall.)

Rußland.

Aus Petersburg wird dem Berliner Tageblatt berichtet: „Von bester Seite verlangt, der Zar richtete ein herzliches Handschreiben an den Deutschen Kaiser, worin mitgetheilt wird, daß er in diesem Jahre nicht mehr Berlin besuchen könne, weil die Baron aus Gesundheitsgründen während des Winters in Cannes verbleiben müsse. Im Frühjahr werde der Zar sie abholen und dabei Berlin besuchen.“

Königreich Sachsen.

Die Budgetdebatte im Landtage.

R.V.G. Leipzig, 15. Nov. Am Montag hat die II. Kammer ihre Arbeiten begonnen und die Generaldebatte über das Budget in einer Sitzung erledigt. Wie leicht vorauszusehen war, gestalteten sich diese Reden zu keinen Lobpreisungen der jetzigen Lage, denn auch vom Regierungstische aus vermied man es, irgendwelche unrealistischen Hoffnungen zu erwecken. An den Auslassungen des Finanzministers v. Königreich bleibt in erster Linie die rückhaltslose, sich aber von jeder Schwarzschererei fern haltende Offenheit anzuerkennen, womit er die wenig glänzenden Verhältnisse unserer Finanzen in das Bereich seiner Betrachtungen zog, und an zweiter Stelle das sichtbare Streben, auf allen Gebieten, soweit es ohne Gefährdung wichtiger Staatsaufgaben möglich ist, strenge Sparsamkeit walten zu lassen. Wir haben keinen Grund, in den Ernst dieser Bestrebungen der Regierung Zweifel zu setzen, und wollen nur wünschen, daß auch der Ausführung derselben der rechte feste Wille zur Seite stehen und es ihr so gelingen möge, das verheißungsvolle Wort wahr zu machen. Auf Seiten der Volksvertreter wird sie dabei die lebhafte Unterstützung finden. Die Thatsache, daß die Kosten der laufenden Verwaltung in den letzten Jahren von 11 auf 20 Mill. gestiegen sind, drückt jeden, wenn auch noch so optimistischen Politiker überzeugen, daß hier ein Stillstand und demnächst eine Rückwärtsbewegung eintreten muß. Erster ist in dem neuen Haushaltssplane nun bereits angekündigt, indem die Ausgaben eine Vermehrung nicht erfahren haben. Allerdings bezeichnete der Finanzminister diese Nichtvermehrung als die einzige sichere Zusage, welche die Regierung in Sachen der Sparsamkeit machen könnte.

Der zu erwartende Anteil Sachsen's an dem Ertrag der Reichsteuern ist vorläufig in der Höhe der bisher entrichteten Matricularumlagen angenommen; der Finanzminister sprach die Hoffnung aus, die wir gern theilen, daß in einigen Jahren die Reichseinnahmen, wenn erst die volle Wirkung der deutschen Steuerreform eingetreten ist, sicherlich einen größeren, dann noch mehr den Einzelstaaten zugute kommenden Über- schuß aufweisen würden. Mit großer Genugthuung wird man im Lande die Mittheilung des Hrn. v. Königreich entgegennehmen, daß seit dem Februar die bisher stetig wachsenden Abnahmen der Einnahmen der Eisenbahnen einen Stillstand erlitten hat und hier wie ebenfalls bei andern industriellen Unternehmungen des Staates wieder eine steigende Tendenz bemerkbar wird.

Bon Seiten der Fortschrittspartei fiel die Kritik unserer Finanzpolitik und ihrer gegenwärtigen Resultate äußerst ungünstig aus; es wurden auch von ihren Rednern die diplomatischen Maßnahmen Bismarck's,

die Bollpolitik des Reiches und die Einführung der Goldwährung in die Debatte gezogen. Der Abg. Heine versetzte sich sogar zu der läunigen Behauptung, daß eine Krise gar nicht existiere, und gelangte, indem er den „Bierhahn“ seiner draufsichen Rhetorik öffnete, über den „Nebelthau der Finanzen“ und über „das Kalb im Mutterleibe“ zu dem „Weltgericht“, dem die falschen Gesetzesfabrikantenrettunglos verschlissen sollen. Die national-liberale Partei vertrat es klugerweise, die neue Bollpolitik Deutschlands zum Gegenstande der Discussion zu machen, und man kann in Anbetracht der herrschenden Umstände dieser Enthaltsamkeit nur zustimmen. Wir befinden uns hier einer vollendet Thatsache gegenüber, an welcher auch die geistreichsten Redner nichts zu ändern vermögen und deren Wirkungen erst gebildig abgewartet werden müssen, bevor man mit Rückinnerungen, neuen Urtheilen und Vorschlägen an sie herantrete. Der Abg. Dr. Stephani begrüßte die sehr veränderte Form der Budgetaufstellung, welche die vielfährigen Klagen der Kammer über Unklarheit und Mangel an Übersichtlichkeit abschafft, als einen erfreulichen Fortschritt und ließ der Finanzpolitik im allgemeinen seine volle Billigung zutheil werden. Der Abg. Krause macht darauf aufmerksam, daß der Ausfall in den Einnahmen nicht sowol in der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse als in den Fehlern der früheren Finanzpolitik wurzeln, insbesondere in dem kostspieligen massenhaften Anlauf und Bau von Eisenbahnen, welche keine entsprechende Rente geben. Doch sei die Eisenbahnrente im großen Durchschnitt noch immer $3\frac{1}{2}$ Proc. Bei den Ausgaben bringt er auf Ersparungen, namentlich in der allgemeinen Verwaltung, im Ministerium des Innern.

Die Bestrebungen der national-liberalen Partei, eine Abschlitzung der langen schleppenden Berathungen durch theilweise Erledigung des Budgets im Plenum herbeizuführen, sind zwar nicht in dem geplanten Umfange (Antrag Penzig und Genossen) verwirklicht worden, immerhin haben sie aber trotz des heftigen Widerspruchs von anderer Seite den Erfolg einer ersten Abstagszahlung gehabt, indem wenigstens einige Positionen (Antrag Richter-Tharand) der Plenarberathung überwiesen, also in verkürzte Behandlung genommen wurden. Hiermit ist der Angriff auf den bisherigen Schlendrian der langen Deputationsberathungen, wobei der ganze Schwerpunkt in den Händen von zehn Deputationsmitgliedern lag, während die übrigen 70 Abgeordneten das Zusehen hatten, hoffentlich erfolgreich eröffnet.

Vom Landtage.

○ Dresden, 14. Nov. Zu dem ersten Gegenstande der Tagesordnung der heutigen Sitzung der II. Kammer, die provisorische Forterhebung von Steuern und Abgaben im Jahre 1880, referirt Abg. Dr. Mindvitz namens der Finanzdeputation, welche die Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt, nach welchem 1880 in derselben Weise wie im Jahre 1879 zu erheben sind: die Grundsteuer von 4 Pf. von jeder Steuerertheit, die Einkommensteuer nebst einem Zuschlage von 50 Proc. eines ganzen Jahresbetrages, die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen, die Schlachsteuer, in gleicher die Übergangssteuer von vereinsländischem Fleischware, die Erbschaftssteuer und die Stempelsteuer.

Abg. Knechtel:

Die Einschätzungen von landwirtschaftlichem Grundbesitz seien oft unsicher, willkürlich und schwierig möglich. Die Urtheile hierzu sei mit in der nicht immer genügenden Kenntniß der landwirtschaftlichen Verhältnisse seitens der Sachverständigen zu suchen. Er wünsche deshalb, daß die Regierung bei Feststellung der nächsten Listen für die Einschätzung auf diesen Mangel Rücksicht nehmen möge.

Abg. Dehnert:

Die über die Einschätzungen bestehenden Vorchriften würden nicht allenfalls genau beobachtet. Er hoffe, daß nach dem wirklichen Eingange der aus den Reichsverträgen in Aussicht gestellten Überflüsse an die einzelnen Staaten auch der Grundbesitz einige Erleichterungen erhalten.

Abg. Möbius:

Die Einschätzung auf den Grundbesitz könne nicht ziffermäßig bewirkt werden, man müsse vielmehr seine Zuflucht zu Hülfsmitteln nehmen, die manchmal zu Hören führen. Er hoffe jedoch, daß die Steuerbehörden angewiesen werden, allenfalls Gerechtigkeit zu üben.

Das eingangs gedachte Gesetz findet einstimmige Annahme.

Die allgemeine Vorberathung über das Decret, die mit der Fortbildungsschule gemachten Erfahrungen betreffend, eröffnete Abg. Heger:

Er hoffe, daß diese Schule, das neue Schmerzenskind der neuern Schulgesetzgebung, wenn man ihr nur Raum zur Entwicklung gönne, in nicht zu ferner Zeit allseitige Billigung und Zustimmung finden werde. Allerdings sei diese Schule nach ihrer Einführung nicht allenfalls günstig von den Behörden aufgenommen worden. Aber trotz aller Schwierigkeiten und dank der Fürsorge und gewissermaßen der Zähigkeit der Regierung sowie dank einer großen Anzahl Schulgemeinden habe die Fortbildungsschule Wurzel gefaßt. Der vorliegende Bericht zeichne sich durch wahrheitsgetreue Darstellung ohne Verhöhnung aus.

Redner wendet sich hierauf gegen die während der letzten zwei Jahre befürwortete Einführung von facultativen Fortbildungsschulen, denn die obligatorische Schule sei eine Wohlthat für diejenigen Schüler, die zurückgeblieben sind.

Dagegen könne die Facultativschule als eine Ergänzung dienen, wie die von dem dresdener Gemeinnützigen Verein errichtete Fortbildungsschule für solche zeige, die nicht mehr zum Besuch einer solchen verpflichtet seien. Die obligatorische Schule sei eine Gerechtigkeit für alle. Wenn gesagt werde, daß bei vielen Schülern die Erfolge gering wären, so müsse bedacht werden, daß die Zahl derer, die bis jetzt die Auslast besuchten, eine zu geringe sei und keinen Anhalt für die Leistungen biete. Der größte Nutzen der Fortbildungsschule liege in dem erziehlichen Moment. Dass die jungen Leute noch eine Zeit lang unter dem wohlthätigen Einfluß der Lehrer und Schulvorsteher ständen und daß sie gehörig seien, sich wenigstens eines äußerlich loyalen Verhaltens zu bestreiten. Ferner herrsche auf dem Gebiete der Kultur trotz der Strafgelege eine außerordentliche Rücksicht. Durch den Colportagebuchhandel werde unter allerhand Anreizungen dem Volke eine Lektüre geboten, welche in den meisten Fällen nicht wohlthätig auf Geist und Gemüth wirke, in vielen Fällen aber Gift sei. Auch hier könne die Fortbildungsschule auf den Schüler einwirken, damit derselbe Geschmack an besserer Literatur finde. Dresden habe jetzt vier Volksbibliotheken, eine flämische kommt jetzt hinzu. Im Gegenseite zu früheren Jahren verlangten jetzt die jungen Leute mehr belebende statt nur unterhaltende und illustrierte Lektüre. Man möge also der Fortbildungsschule Zeit gönnen zur Entfaltung, dann könne man die Zeit noch erleben, wo sie allgemein als ein wesentlicher Factor unseres Staatslebens und unserer Volksbildung betrachtet werde.

Nach dieser mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede sprach sich Abg. Schmidt über die Fortbildungsschulen vom Standpunkte der ländlichen Bevölkerung aus:

Auch auf dem Lande würde deren wohlthätiger Einfluß anerkannt. Die theilweise herrschende Abneigung gründe sich namentlich darauf, daß man glaube, es wären auf dem Lande keine großen Resultate zu erwarten. Dagegen glaube er, daß der seitige Turnus für die Fortbildungsschulen ein zu langer sei und daß eine zweijährige Dauer desselben genüge.

Staatsminister Dr. v. Gerber:

Die Regierung beabsichtige, einen Plan auszuarbeiten zu lassen, der die Methode des Unterrichts in den Fortbildungsschulen wenigstens im allgemeinen angebe und in der Hauptstädte Anhaltspunkte biete, um das Schwanken und die Unsicherheit in der Wahl der Unterrichtsgegenstände zu befechten. Die Fortbildungsschule müsse verschieden sein in den großen und den kleinen Städten, in den Dörfern mit Ackerbau oder Industrie treibender Bevölkerung. Die Schulen seien verschieden, je nachdem sich die Gemeinde dahin interessiert oder wohlgefundne Männer die Sache unterstützen. Es komme daher darauf an, in dieser Richtung zu wirken; von großer Bedeutung werde aber der beabsichtigte Normalplan sein, welcher den Lehrern eine feste Grundlage biete.

Abg. Dr. Stephani gibt seiner Befriedigung über die von der Regierung gegebene Vorlage Ausdruck:

Der Widerstand, der sich bis jetzt gegen das Institut gezeigt habe, könne auf keine Unterstützung in den gesetzgebenden Körpern rechnen. Ob aber ein Normalplan Erfolg haben werde, dies sei zweifelhaft; falls derselbe ins Leben trete, so müßten auch die Bedingungen und Anforderungen an die verschiedenen Fortbildungsschulen je nach dem Stande und der Besiedlungssart der Bevölkerung verschieden sein. Es sei daher bedenklich, daß der Normalplan sehr verschieden werde behandelt werden müssen.

Abg. Dr. Dehlschlägel hält eine Veränderung der Bestimmungen für die in Rede stehenden Schulen doch für zulässig, namentlich für das Land. Hierüber liege aus seinem Wahlkreise eine Petition vor, die beachtenswerte Momente enthielte.

Die Vorlage wird hierauf zur demnächstigen Schlussberathung gestellt.

Nächste Sitzung der II. Kammer Montag, 17. Nov.

† Leipzig, 13. Nov. Bei der am 11. Nov. abends stattgefundenen zweiten öffentlichen Versammlung des hiesigen Deutschen Protestantvereins hielt Archidiakonus Schmiedel aus Chemnitz einen schon für vorigen Winter bestimmten Vortrag über die Bedeutung Lessing's für den Protestantismus der Gegenwart. Redner belehrte zuerst die Zustände des Protestantismus von Luther bis Lessing und kam dann auf die von letzterm herausgegebenen „Wolfsbütteler Fragmente“:

Deren Verfasser, Professor Neimarus der Ältere in Hamburg († 1768), stellte darin die Ansicht auf. Jesus habe ein idilches Reich gründen wollen, nach dem Mitleid dieses Planes und dem gewaltsamen Tode Jesu hätten seine Jünger daraus ein geistiges gemacht, seinen Leichnam zur Bekämpfung der Auferstehung geflohen etc. Gegen die Fragmente erschienen vor 40–50 Gegenfragen; doch fand der Hauptmann Lessing's nur gegen den Hauptpastor Goethe in Hamburg statt, der allzu persönlich ausfiel. Lessing's Antwort an diesen kam hinaus auf die Unterscheidung zwischen Buchstaben und Geist der Bibel, zwischen Bibel und Christenthum, zwischen Theologie und Religion; er vertrat die Unabhängigkeit des Christenthums von schriftlichen Ausführungen und wies darauf hin, daß die Bibel viel Unwesentliches, nicht zur Religion Gehöriges enthalte. Daraus folge, daß die Religion auf sich selbst und ihre innere Wahrheit gestellt sein müsse, daß zusätzliche Geschichtswahrheiten nicht Beweise für Religionsmärchen sein können. Gegenüber denen, die alle Kritik scheuen, wirkte Lessing befreiend; bei der Frage aber nach der Grenze zwischen Wesentlichem und Zusätzlichem in der Religion muß auf ein fertig gejammertes Haus verzichtet und darauf verwiesen werden, daß das Ideal der reinen Wahrheit nicht in Worte zu fassen ist, sondern ins Gemüth wirkt, und daß selbst eine vom Himmel fallende Wahrheit bald tot sein würde, wenn sie nicht innerlich erlebt wird. Natürliche fällt hierbei alle Unwahrheit gegen Anderesende weg, da die Überzeugung sich bei den einzelnen verschieden gestalten muß; ebenso giebt sich Freiheit der theologischen Wirksamkeit, da das

Ergebnis der Forschung sich nicht voraussehen lässt; jedenfalls zerstört die Kritik nur Unwesentliches, während sie den Kern unberührt läßt. An diese Richtung Lessing's schließen sich Herder, Kant und Schleiermacher. Die spätere Kritik ist insofern über Lessing hinausgegangen, als dieser das Geschichtliche allzu sehr unterschätzte, während den Neueren dasselbe wenn auch nicht als beweisend, doch als anregend erscheint und die Bibel nicht bloß als ein Elementarbuch, sondern als eine Fülle von Wahrheiten gilt, deren Verlust beispiellos schwer sein würde. Fehlt jedoch bei Lessing noch manches Material späterer Forschung, so bleiben seine Grundgedanken stehen und jedenfalls erscheint er als eine Kraft in einer schwächeren Zeit, in der ein Goethe ihn voll blinden Eifers mit Gemeinschaften angreift.

Noch sprach sich der Nedner über Lessing's spätere hier einschlagende Werke „Nathan der Weise“ und „Erziehung des Menschengeschlechts“ aus. In ihnen setzte Lessing den Kampf für Humanität und Cultur fort. Nedner schloß mit der Erklärung, daß der Verein, in welchem er spreche, nach Lessing's Vorbild eine Versöhnung des echten und des geschichtlichen Christentums, eine Scheidung zwischen Buchstaben und Geist, Theologie und Religion anstrebe.

Leipzig, 15. Nov. In der nächsten Sitzung der Gemeinnützigen Gesellschaft, welche Dienstag, 18. Nov., im Saale des Kaufmännischen Vereins stattfindet, wird der den Mitgliedern der ersten als Redner bereits vorherhaft bekannte Dr. Lammers-Bremen einen Vortrag über „Selbstbeschäftigung und Haushalt“ halten und dabei namentlich auch die auf Anregung des Rittmeisters Claussen-Kaas in Dänemark und Schweden geschaffenen, segensreich wirkenden Anstalten näher beleuchten. Die Sache ist ebenso bedeutungsvoll vom wirtschaftlichen wie vom pädagogischen Standpunkte.

Dem Dresdner Journal berichtet man aus Leipzig vom 13. Nov.: „Das Project einer Fachausstellung der Dresdner und Bildschnitzer Deutschlands und Österreich-Ungarns ist der Verwirrung nahe gerückt und die Ausstellungserordnung bereits fix und fertig. Danach ist der Anfang der Ausstellung auf den 19. März, das Ende auf den 18. Mai nächsten Jahres festgesetzt. Letztere hat den Zweck, den Fachgenossen der genannten Länder von dem Umfang und Gehalt ihrer Leistungen ein Gesamtbild zu bieten. Mit der fertigen Arbeit gelangen zur Ausstellung: Rohmaterialien, Halbfabrikate (Bestandtheile), Hülfsmaterialien, Maschinen und Werkzeuge jeder Art, die zum Gebrauche der Dresdner und Bildschnitzer dienen. Als Ehrenpräsident des Centralcomittee steht Oberbürgermeister Dr. Georgi an der Spitze; ferner befinden sich noch im Comitee die Herren kaiserlich königlicher Generalconsul Ministerialrat Dr. Karl Ritter v. Scherzer, der schweizerische Consul J. J. Weber, der Director des österreichischen Museums für Kunst und Industrie in Wien, kaiserlich königlicher Hofrat Rudolf v. Eitelberger u. c.“

Leipzig, 15. Nov. In einer in der Brandvorwerksstraße gelegenen Wirtschaft gerieten in der vorvergangenen Nacht gegen 11 Uhr zwei Gäste, ein circa 16 Jahre alter Kellner aus Plauen sowie ein 33 Jahre alter Handarbeiter von hier, miteinander in Wortwechsel. Hierbei ergriff nun plötzlich der erstere sein Taschenmesser und verletzte seinem Gegner, ehe es jemand verhindern konnte, einen lebensgefährlichen Stich in den Unterleib, so daß an der verletzten Stelle die Eingeweide zu Tage traten. Der Kellner wurde sofort polizeilich inhaftiert, der Geflochene aber im Krankenhaus untergebracht. Es soll zur Zeit noch ganz zweifelhaft sein, welchen Anfang die Verlehung nehmen wird.

Aus Grünau vom 12. Nov. wird berichtet: „Mit dem vom Oberförster Baumgarten konstruierten leinbaren Flügelrutschschiff sind endlich Versuche angestellt worden. Diese Versuche werden als gelungen bezeichnet, denn das Rutschschiff nahm nicht seinen Weg mit der vorverschobenen Rutschbewegung, sondern es wurden vorgeschriebene Wendungen mit demselben ausgeführt. Oberförster Baumgarten stieg mit seinem Flügelrutschschiff vom hiesigen Schießhaus aus etwa 90 Meter hoch auf und bewegte das an einem mit Wasserstoffgas gefüllten Ballon hängende, durch große Flügel leinbare Gefährt vor den Augen einer zahlreichen Zuschauermenge zwei Stunden in der Luft. Die Versuche sollen jetzt fortgesetzt werden.“

Handel und Industrie.

Leipzig, 15. Nov. Der hiesigen Handelskammer lag in der heutigen Sitzung unter anderem ein Antrag des Hrn. Schnoor vor: „Die Kammer, berufen, die Börse in Schuß zu nehmen, wolle der Entlastung über die befannte Auflösung des Ministers Maybach (die Börse sei ein Gischtbaum) Ausdruck geben und die namentlich dem Handelsstande zugesilgte Beleidigung zurückweisen.“ Der Vorsitzende Dr. Wachsmuth schlug vor, angelehnt an allerding kaum genügend zu nennenden Rectifizierung und Zurücknahme der Worte des Ministers sowie besonders im Hinblick auf das Vorgetragen der Aktionen des Berliner Handelsstandes zur Tagesordnung überzugehen, um so mehr, da es seinem Zweifel unterliege, daß diese über alles Maß hinausgehende Schmähung überall verurtheilt werden würde. Die Kammer trat diesem Vorschlage, mit welchem der Antragsteller sich einverstanden erklärte, bei. Die Ausschüsse für Handelsgegenstände und für Bank-, Währungs- und Börsenwesen legten ein Gutachten vor über den von der Handelskammer zu Braunschweig mitgeteilten Entwurf eines Checkgesetzes; die Kammer schloß sich dem Gutachten an und entsendet ihren Vorsitzenden zum Besuch der Delegiertenversammlung, welche über das Checkgesetz berathen wird. Einer Petition von Thorn, es möchten die Getreidezölle zu Neujahr noch nicht eingeführt werden, weil die Ernten in mehreren Ländern schlecht ausgefallen, ein rapides Steigen

der Getreidepreise stattgefunden und sogar Notstand zu befürchten sei, schließt sich die Kammer an, ohne der Motivierung durchweg beizutreten.

* Paris, 14. Nov. (Börse.) Stark weichend auf das unverblügte Gericht, die englische Flotte habe Befehl erhalten, in das Schwarze Meer einzulaufen.

* Bremen, 14. Nov. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,25, per December 8,30, per Januar 8,40, per Februar-März 8,40.

* Antwerpen, 14. Nov. Petroleumummarkt. (Schlußbericht.) Asphalt, Type weiß, loco 20% bez., 21 Br., per December 20%, bez., 21 Br., per Januar 21% bez. u. Br., per Januar-März 21 1/2 Br. Steigend.

* Liverpool, 14. Nov. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner anziehend, Surat fest. Middling amerikanische November-December-Lieferung 6 1/2%, Januar-Februar-Lieferung 6 1/2%. (Weiterer Verlauf.) Amerikaner 1/2 D. billiger. Middling amerikanische November-December-Lieferung 6 1/2%, Januar-Februar-Lieferung 6 1/2%, D.

* Glasgow, 14. Nov. (Rohreisen.) Mixed numbers warantz 55 Sh. 9 D.

* Manchester, 14. Nov. (Garn.) 12r Water Armistage 7 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 20r Water Nicholls 9 1/2, 30r Water Gibbons 10, 30r Water Clayton 11, 4r Muslin Mayall 10 1/2, 40r Medias Wilkinson 11, 30r Warpops Qualität Newland 10 1/2, 40r Double Weston 11, 60r Double Weston 13 1/2, Printers 10 1/2 3 1/2 8 1/2 psd. 93. Anziehend.

Lotterie. * Leipzig, 15. Nov. In der heutigen zwölftenziehung 5. Klasse 96. königlich sächsischer Landeslotterie fielen folgende Gewinne auf die beigelegten Nummern: 300000 M. auf die Nr. 38013, 30000 M. auf die Nr. 67839, 15000 M. auf die Nr. 26126, 75736, 5000 M. auf die Nr. 24424, 28875, 62285, 85677, 3000 M. auf die Nr. 2164, 9934, 10448, 10970, 15841, 27271, 29442, 34187, 39197, 40785, 43950, 44200, 45781, 4769, 48021, 55420, 55602, 62881, 64353, 65002, 69386, 69553, 82952, 84007, 91716, 98207, 99881, 99907.

1000 M. auf die Nr. 5128, 6910, 7013, 9157, 11346, 11857, 13307, 15378, 18407, 24490, 27719, 30120, 31580, 35116, 38570, 39820, 40401, 42796, 42939, 44594, 44686, 45819, 65293, 66840, 67365, 71994, 73015, 77796, 78108, 85499, 92604, 92931, 99162, 500 M. auf die Nr. 26, 58, 1271, 8587, 8944, 9089, 11844, 12948, 16111, 18751, 19571, 24048, 24070, 26707, 28098, 29635, 34954, 39181, 39893, 44595, 46322, 48021, 50718, 54271, 55199, 58678, 61854, 66447, 68984, 72684, 78345, 78765, 79528, 82363, 84889, 84948, 93654, 94927, 95467, 96058, 97070, 97115, 99068.

Börsenberichte.

* Berlin, 15. Nov., 12 Uhr 10 Min. Eröffnungsscore. Ost. Creditact. 458,50, Ost.-Franz. Staatsb. 455.— Ost. Südbahn (Comb.) 136,—, Berg.-Märk. 91,40, Köln-Münchner 142,25, Galiz. Karl.-Ludwig 103,40, Rhein. 146,25, Rund. 43,40, Disconto-Komm. 171,25, Königs- und Laurahütte 93,—, Ost. Post v. 1860 122,25, do. Goldrente 69,—, do. Silberrente 60,90, do. Papierrente 58,75, Russ. Post v. 1877 87,50, do. Bantl. 210,50, Deutsche B. 131,25, Ung. Goldrente 80,40, Tendenz: ziemlich fest.

* Frankfurt a. M., 14. Nov., 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditakt 227, Franzosen 225%.

* Hamburg, 14. Nov. Silberrente 60%, Goldrente 69 1/2%, Creditact. 229 1/4, 1860er Poste 122 1/2, Franz. 568, Lomb. 169, Ital. Rente 77 1/2, 1877er Russen 88, Vereinsbank 120 1/2, Laurahütte 92 1/2, Commerzbank 116 1/2, Norddeutsche 151 1/2, Intern. Bl. — Ameril. 95 1/2, Köln-W. 142 1/2.

* Wien, 14. Nov. Schlußkurse. Papierrente 68,10, Silberrente 70,90, 1860er Poste 127,—, Nordwestb. 137,—, Banfact. 837,—, Creditact. 267,70, Anglo.-Austr.-Bank 134,60, London 116,60, Silberagio 100,10, Ducaten 5,56, Napoleon'sor 9,30, Galiz. 236,70, Staatsbahn 263,50, Lomb. 79,70, Goldrente 80,25, Deutsche Markten 57,62.

* Paris, 14. Nov. 3 Uhr nachm. 3 Proc. amortis. Rente 81,95, 3proc. Rente 80,85, 1872er Anteile 114 —, Ital. 3proc. Rente 78,90, Ost. Golbr. 68 1/2, Ung. Golbr. 82,— 1877er Russen 90 1/2, Franz. 570,—, Lomb. 170,—, do. Prior. 256,—, 1865er Türken 10,85, 1869er —.

* London, 14. Nov. Consols 97 1/2, Ital. 3proc. Rente 78, Lombarden 67 1/2, 3proc. 1871er Russen 85 1/2, do. 1872er 85, do. 1873er 88 1/2, Silber —, 1865er Türk. Anteile 11, 1869er do. —, 3proc. Ameril. 105 1/2, Ost. Silberrente 61 1/2, Papierrente —.

* Petersburg, 14. Nov. Wechsel London 3 Mt. 25 1/2%, do. Hamburg 214, do. Amsterdam 127, do. Paris 265, Russ. Prämienamt. 1864 (gest.) 228 1/2%, do. 1866 223, do. Anl. 1873 —, 1/2-Imperials 7,90, Gr. Russ. Eisenbahnen 256 1/2%, Privatdiscont 6 1/2%, Proc.

* Hengelo, 14. Nov. abends. Wechsel auf London in Gold 4,79 1/2, Wechsel auf Paris 5,26, 3proc. 5,20er Bonds 102 1/2, 1877er Bonds 103, Griekahn 47 1/2.

Leipziger Produktenbörsen vom 15. Nov. mittags 1 Uhr. Witterung: Schneewetter. Weizen per 1000 Ro. netto loco 224—230 M. bez.; füll. Roggen per 1000 Ro. netto loco 178—185 M. bez.; fremder 170—174 M. bez.; rubig. Gerste per 1000 Ro. netto loco 160—190 M. bez.; Mais per 1000 Ro. netto loco hiesiger 140—145 M. bez.; Raps per 1000 Ro. netto loco rumänischer 160 M. bez.; amerikanischer 150 M. bez.; Raps per 1000 Ro. netto loco 235—240 M. bez.; Raps-futter per 100 Ro. netto loco 13 M. Br. Rübsöl per 100 Ro. netto loco per Nov.-Dec. 57 M. bez., per Dec.-Jan. 57 M. Br.; unverändert. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Fass loco 59,20 M. G.; etwas besser.

* Leipzig, 15. Nov. Der Verlauf der heutigen Börse war ungünstig beeinflußt von den Melbungen, welche von den übrigen Plätzen vorlagen, denen zufolge die Tendenz dort ein entschieden mattes Gepräge angenommen hat. Die tonangebenden Märkte sind durch politische Nachrichten, denen man anscheinend eine größere Bedeutung beilegt, als sie in der That verdienen dürften, in eine hochgradige Verstimmung versetzt worden — an Stelle des Nachfrage ist stärkeres Angebot getreten, wodurch die Kurse in die weichende Bewegung gebrängt worden sind. Nicht ganz ohne Einfluß auf die Haltung speziell der Berliner Börse blieb ferner die seit einigen Tagen sich eingestellte Geldmangel, welche der Haussparthei Beratung zu Realisierungen gibt.

Das Geschäft unserer Börse war ein belangloses und sonach die Haltung derselben einer gewissen Schwäche nicht erwehren insofern, als die Kurse das gestrigste Schlüsselein nicht durchweg aufrecht zu erhalten vermochten.

Von den deutschen Staatsbonds wurden Reichsanleihen in sehr bedeutenden Summen gehandelt; Sächsische Renten gleichfalls ziemlich belebt.

Bahnen ruhig, im ganzen wenig verändert. Buschtrader B wurden mehrfach gehandelt, ebenso Turnauer zu gestriger Notiz; Graj.-Köslacher recht belebt; Rumänier höher und stark gefucht; Oberschlesische niedriger, ebenso Aufsig.-Teplitzer, die aber gesucht blieben.

Bon Bonn der Stammprioritäten waren Kotbus.-Großen-

hainer sehr beliebt und etwas im Kurse anziehend.

Banknoten blieben in ihrer Mehrheit stark vernachlässigt; Leipzig Credit etwas billiger in gutem Umsatz; Berliner Disconto weichend; Dresdner Bank niedriger und mehrfach in Verkehr, Geraer Bank höher, ebenso Zwölftauer Bank. Im Kurse gingen zurück, Weimarer Bank, während Sachsische Bank etwas angenommen.

Industriearbeiten geschäftlos.

Von den Kohlenactien waren Sächsisch.-Thüringische Braunkohlenverarbeitung sehr belebt.

Prioritäten ziemlich fest; das Geschäft war jedoch nicht so belebt wie an den Vortagen.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Wien, 14. Nov. Der Minister des Auswärtigen v. Haymerle wurde noch gestern Abend von den hohen Gästen des kaiserlichen Hofes empfangen und verweilte bei dem Großfürsten-Thronfolger eine halbe Stunde lang. Heute Mittag stellten der König und die Königin von Dänemark sowie der Großfürst-Thronfolger mit seiner Gemahlin den hier anwesenden Mitgliedern des kaiserlichen Hauses Besuch ab, hierauf empfingen dieselben den dänischen Gesandten, resp. den russischen Botschafter in Audienz. Nachmittags besuchte der König von Dänemark das Arsenal, während der Großfürst-Thronfolger mit seiner Gemahlin und der Königin von Dänemark eine Rundfahrt durch die Ringstraße unternahm. Später statteten die hohen Fürstlichen Gäste dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen einen Besuch ab und fuhren auch bei dem König und der Königin von Neapel vor. Morgen Nachmittag findet ein Galadiner bei Hofe statt, zu welchem gegen 90 Einladungen ergangen sind.

* Wien, 14. Nov. Unterhaus: In Beantwortung einer Interpellation wegen Bezeichnung von Fachmännern zur Vorbereitung der Grundlagen für einen deutsch-österreichischen Handelsvertrag erklärt der Handelsminister, die Bezeichnung solcher Fachmänner erscheine gegenwärtig erwünscht, und er sei bereit, seinerzeit entsprechendes einzuleiten.

* Budapest, 14. Nov. Die Pester Correspondenz erfährt aus Wien, die gemeinsame Zollkonferenz habe ihre in Vorberatungen über das Verhalten der österreichisch-ungarischen Vertreter bei den Berliner Verhandlungen bestehende Aufgabe erledigt, die österreichisch-ungarischen Vertreter würden, mit allen erforderlichen Vollmachten ausgerüstet, noch heute nach Berlin abreisen.

* Madrid, 14. Nov. Deputirtenkammer: Der Minister des Auswärtigen erklärte heute, die auswärtige Politik Spaniens bestehne darin, mit allen Mächten, ohne Rücksicht auf ihre Bedeutung und Wichtigkeit, gute Beziehungen aufrecht zu erhalten, die Entwicklung der spanischen Interessen zu fördern, sich zu sammeln bis dahin, wo das Land vollständig reconstuiert sei werde, und jede abenteuerliche Politik zu meiden.

* Paris, 14. Nov. Der russische Botschafter Fürst Orlov reist morgen zu einem Besuch des Reichskanzlers, Fürsten Gortschakow, nach Baden, lehrt von da nach Paris zurück und wird sich sodann nach Genf und Cannes begeben.

* London, 15. Nov. Der ehemalige Minister Forster hielt gestern in Leeds in einer von etwa 700 Personen besuchten Versammlung der Liberalen eine Rede, worin er die Politik der Regierung angriff und hervorholte, die jüngste Erklärung Salisburys über das deutsch-österreichische Bündnis habe Mangel an Würde und Selbstsicherung gezeigt. Die Folge hierauf sei die Erbitterung Russlands gegen England. Forster glaubt, daß, wenn die gegenwärtige Regierung im Amt bleibe, ein Krieg mit Russland wahrscheinlich sei. Durch die jüngsten Schritte Englands in Konstantinopel wolle die Regierung nur die Convention betrifft Cyperns annullieren, indem sie von der Bestimmung Nutzen ziehe, welche der Regierung gestattet, vor der Convention zurückzutreten, falls die Reformen nicht ausgeführt würden.

* London, 15. Nov. Die Nachricht, Admiral Hornby sei angewiesen, in vier Tagen ostwärts zu segeln, ist der Times zufolge unbegründet; ebenso wenig habe Layard jemals die ausschließliche Auseinandersetzung von Engländern in Kleinasien gefordert.

* Bukarest, 14. Nov. Die Kammer secessioner haben bis auf zwei ihre Delegirten zu der Commission für die Eisenbahnvorlage gewählt, in den beiden noch übrigen Sectionen wird die Wahl morgen vorgenommen. Die bis jetzt gewählten Commissionen-delegirten gelten für den Anlauf der Bahnen günstig gestimmt.

